



Städte in Zeiten von COVID-19

Von A wie Alltag bis Z wie (urbane) Zentren

13 Gastkommentare, zwei Berichte, ein Essay und ein Interview beleuchten alle urbanen Herausforderungen in der Coronakrise.

Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Mag.ª (FH) Anita Oberhofer
ist Chefredakteurin
von Urban Forum

Wer hätte das zu Jahresbeginn gedacht? Die Coronakrise hat uns eiskalt erwischt und unseren Alltag nachhaltig verändert. Statt Geschäftsreisen, Meetings und regem Bürobetrieb standen plötzlich Homeoffice, Video-Konferenzen und Kurzarbeit an der Tagesordnung. Jede(r) von uns war und ist in irgendeiner Form von der Krise betroffen. Zumindest die Maskenpflicht und das vielzitierte Abstandhalten ging und geht uns alle an.

Doch die Coronakrise hat viele Facetten, die nicht so offensichtlich sind wie beispielsweise fehlende Umsätze und behördliche Schließungen. Diese Sonderausgabe unserer Zeitschrift haben wir dazu genutzt, die Auswirkungen auf unterschiedliche Lebens- und Wirtschaftsbereiche aufzuzeigen, ohne auf die Nöte der Städte und Gemeinden zu vergessen. Machen Sie sich selbst ein umfassendes Bild!

Urban Forum – eine starke Stimme für die Städte!

Inhalt

Corona-Alltag in den Städten Gastkommentar Urbane Zentren	3
Gemeindeentwicklung in Kooperation Gastkommentar Gemeindeentwicklung	5
„Die Städte sind überproportional betroffen!“ Interview Österreichischer Städtebund	6
Gemeinden in der Coronakrise stark gefordert Gastkommentar Gemeindefinanzen	8
„VerkäuferInnen WERTschätzen“ – Eigeninitiative mit großer Wirkung Gastkommentar Solidarische Gesellschaft	9
„Bühnenliebe“ hilft heimischen Kulturbetrieben Kultur	10
Die vergessene Generation 65+ Gastkommentar Ältere Generation	11
Städte in Zeiten von COVID-19 Gastkommentar Städtische Daseinsvorsorge	12
Die Stadt nach Corona Gastkommentar Stadt der Zukunft	13
Stadt und Mensch nach COVID-19 Essay	14
Wir sind da, auch wenn das Klatschen verstummt! Gastkommentar Sozial- & Gesundheitswesen	17
Chinas Grand Strategy im Wandel Buchbesprechung	18
Städte: Wehrpflicht weniger beliebt, aber besonders wichtig Gastkommentar Sicherheit	19
Tourismus mit und nach Corona Gastkommentar Tourismus	20
Coronakrise: Herausforderung oder über Grenzen gehen! Gastkommentar Kinder & Jugend	21
Auf wie viele Wesenszüge einer Demokratie können wir oder dürfen wir während einer Krise verzichten? Gastkommentar Demokratie	22
24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien – keine Minute Stillstand Gastkommentar Gewalt an Frauen	23
Städtische Leistungen bieten Sicherheit in Krise Mediengespräch	24
Pressesplitter	25
COVID-19-Epidemie Internationales / China	26
Publikationen Urban future edition	27

Impressum: Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung

Chefredaktion: Mag.ª (FH) Anita Oberhofer | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: Bigstockphoto

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen, etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.



Corona-Alltag in den Städten: Urbane Zentren als entvölkerte Metropolen und die Chance einer strahlenden urbanen Wiedergeburt

Viel ist in den letzten Wochen über die finanzielle und wirtschaftliche Betroffenheit der Städte durch die Coronakrise berichtet worden. Noch mehr wurde aber auch über die einzigartigen und fast schon „übermenschlich“ zu bezeichnenden Leistungen unserer Stadtverwaltungen geschrieben, um trotz widrigster Umstände den BürgerInnen in den Städten ein menschenwürdiges und den Umständen angepasstes Leben zu gewährleisten. Es werden seitens aller Städte und Gemeinden unermüdliche Anstrengungen unternommen, die so hoch bewerteten Leistungen der Daseinsvorsorge weiter aufrecht zu erhalten. Beispielhaft für so viele andere möchte ich nur die Teams der „Wien Energie“ erwähnen, welche ohne zu zögern freiwillig bereit waren und sind, sich für Wochen im Dienste der BürgerInnen von ihren Familien zu trennen und direkt in die Anlagestandorte der Wien Energie zu ziehen. Dort waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Außenwelt abgeschnitten, um eine Ansteckung mit allen Möglichkeiten zu verhindern und die Leistungen von Licht, Heizung und Wärme für die Stadt zu garantieren.

Auch seitens der kommunalen Interessenvertretungen, wie dem Österreichischen Städtebund, ist es aktuell eine herausfordernde Zeit für alle MitarbeiterInnen. So versuchen wir unsere kommunalen KollegInnen in den Städten mit Erfahrungsberichten, best-practise Beispielen, virtuellen Vernetzungstreffen, Newslettern u. a. in ihrer anstrengenden Tätigkeit bestmöglich zu unterstützen.

Aufgrund der Absage zahlreicher Fachauschüsse, Seminare, Vorträge und Workshops besteht mein Arbeitsalltag derzeit im Verfassen von einschlägigen Expertisen und Texten und in der Beantwortung zahlreicher Anfragen zu kommunalen Themen. So habe ich mich gerne bereit erklärt, einen kurzen Gastbeitrag im Fachmagazin des renommierten Urban Forum-Institutes zu verfassen.

Ich möchte hier aber nicht über allzu bekannten „Mühen der Ebene“ berichten, die zur Zeit so zahlreich beschrieben werden. Vielmehr möchte ich mich – virtuell, so wie alles heutzutage – in die Lüfte erheben und einen kurzen Blick auf die urbanen Zentren unserer Welt werfen und wie sich diese aktuell präsentieren.

Wer in Vor-Corona-Zeiten über die lebenswerte Stadt sprach, der redete in der Regel von Dichte. In dem Begriff konzentrierte sich all das, was eine Stadt bis dahin so anziehend gemacht hat: **Das Zusammentreffen von Menschen und der Austausch, der dadurch entsteht.**

Ebenso die Wirtschaftskraft, die sich hier bündelt. Die Vielfalt an Unterhaltung, egal ob Kino, Theater, Museum oder Zoo. Die Firmen folgten dem urbanen Sog und erzeugten neuen. Die Welt urbanisierte sich in nie gekanntem



Ausmaß, weil jeder Einzelne sich dort mehr Erfolg versprach („*Stadtluft macht frei*“). Das Versprechen der Stadt war die Dichte an Menschen und die Möglichkeiten, die sich daraus ergaben. Das ist ihr Erfolgsrezept, und zwar seitdem es sie gibt.

Uruk, die erste Megacity der Welt im Süden Mesopotamiens, wo 25.000 EinwohnerInnen auf engem Raum zusammenlebten, funktionierte vor gut 5.000 Jahren im Prinzip nicht anders als das heutige, moderne **New York**. Denn Städte waren vor allem immer eines: **Bedeutende Handelszentren.**

Jede wichtige Megacity der Gegenwart geht auf einen wirtschaftlichen Knotenpunkt zurück. Meist mit angeschlossenen Hafen, immer mit dem Versprechen, von hier aus bessere Geschäfte machen zu können. Das ließ sich die politische Macht nicht entgehen und platzierte sich gut sichtbar im Zentrum einer jeden Metropole. Das öffentliche Leben war

der Pulsschlag einer Stadt.

Viel ist in den vergangenen Tagen über den unwirklichen Eindruck der leeren Städte geschrieben worden. Es gibt hierzu auch beeindruckende Videoaufnahmen (z. B. aus Wien „emptyvienna“ www.vimeo.com/400021239). Die New York Times zeigte die entvölkerten Metropolen in einem Fotoessay, von London, New York, São Paulo bis zu Delhi, Bangkok und München, und schrieb, *«die Bilder beschwören die Romantik von Ruinen herauf»*. Das mag übertrieben klingen, aber tatsächlich ist die surreale Leere jeder Stadt, so schön sie im Moment auch erscheinen mag – Architekturfotografen haben lange vor Corona die Menschen aus ihren Bildern getilgt, um die Bauten in ihrer Reinheit zeigen zu können –, ihr Untergang. Vernichtet sie doch das, was eine Stadt bis dahin angetrieben hat, allem voran ihre Wirtschaft.

Einzelhandel und Gastronomie leben vom Passanten. Angesichts horrender Mieten in den Städten war es schon vor Corona ein Drahtseilakt, finanziell in der Stadt zu überleben. Jetzt wissen viele nicht, ob sie nach den Ausgangsbeschränkungen überhaupt wieder aufsperrten können, allen Hilfsbekundungen zum Trotz.

Aber auch die Innovationskraft der Städte kommt zum Erliegen. Wo viele Menschen zusammenkommen, wo unterschiedliche Gesellschaftsschichten aufeinanderprallen, sich austauschen, Kontakte knüpfen, dort entstehen Erfindungen. Die Stadt macht den Menschen innovativ, vor allem weil sie ihm die räumliche Nähe dazu bietet.

Städteforscher Luis Bettencourt vom Santa Fe Institute verglich diese Fähigkeit mal mit Prozessen im Weltall: *„Eine Stadt funktioniert wie ein Stern. Wie sie Menschen anzieht und soziale Interaktionen und Leistungen beschleunigt, gleicht dem, wie Sterne Masse anziehen und immer heller brennen, je größer sie sind.“* Diese urbane Kraft zeigt sich gerade auch in den Künsten. Es mag immer wieder Maler, Musiker, Schriftsteller oder Architekten gegeben haben, die sich aufs Land geflüchtet haben, um dort kreativ zu sein. **Aber im Großen und Ganzen ist die Kultur eine Geschichte der Städte.** Nicht nur, weil sie hier ihre Bühne findet, sondern durch die Inspirationen, die Metropolen den Künstlern liefern. Auch hier entsteht zur Zeit ein großes urbanes Loch.



Städte können aber auch Menschen schulen, und zwar darin, andere Menschen auszuhalten. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett schrieb in seinem Plädoyer für die offene Stadt, dass Kinder, die in Städten aufwachsen, eine größere Chance haben, demokratische Bürger zu werden. Warum? „Weil sie es ganz physisch lernen“, erklärte er im Gespräch. Weil sie ab dem Kindergarten unterschiedliche Nationalitäten und Glaubensrichtungen kennenlernen. Weil sie auf dem Spielplatz lernen müssen, dass Schaukel und Rutsche zu teilen sind und auf dem Schulhof, dass es andere Kulturkreise und Milieus gibt als die eigenen.

Der Begriff „sozial“ benenne „die Fähigkeit, denselben Platz zu bewohnen wie Menschen, die ganz anders sind als man selbst“, so Sennett. Vor Corona führte das jeder Spaziergang in einer halbwegs großen Stadt vor Augen, egal ob man den im Münchner Glockenbachviertel, in Berlin-Friedrichshain oder in Brooklyn, New York, absolvierte. In Fragen der Kleidung, der sexuellen Ausrichtung oder auch der Erwerbstätigkeit liegen oft Welten zwischen den Passanten, die sich da eine Postleitzahl teilen.

Indem der öffentliche Raum gegenwärtig zur No-go-Area mutiert und Absperrbänder um ehemalige Treffpunkte flattern, zeigt sich die Kehrseite von dem, was es heißt, auf dichtem Raum zu leben. Denn das kann nur dann halbwegs stressfrei funktionieren, wenn gleichzeitig genügend Freiräume bereitstehen. Wenn also der Spielplatz das eigene Spielzimmer ersetzt, der Park die Funktion des privaten Gartens und das Restaurant die lange Tafel im Esszimmer, um Freunde zu bewirten.

Städter haben im Schnitt deutlich weniger Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung als Landbewohner. Was dort als absoluter Luxus gilt – das eigene Haus mit Garten – ist auf dem Land die Norm.

Die momentane Lieblingsbeschäftigung vieler Städter – Müll wegbringen und ausmisten – ist es auch deswegen, weil sie nicht viel Platz haben, vor allem keinen, den sie verschenken können. Wohnen auf wenig Raum, was unter ökologischen Gesichtspunkten eigentlich ge-

boten ist, weil es den Flächenverbrauch reduziert, wirkt jetzt bedrohlich. **Kleine Wohnungen nehmen eben schnell den Charakter von Gefängniszellen an, wenn man zu Hause in Quarantäne sitzt und nicht hinaus darf.**

In Krankheitszeiten war die Dichte der Stadt schon immer ihr größtes Problem. Die schmalen Gassen, die vielen Menschen auf engem Raum und die fehlenden Sanitäreinrichtungen machten Städte im Mittelalter zu Brutstätten von Krankheiten und Seuchen. Mit der Industrialisierung und dem Zuzug von immer mehr Menschen in die Metropolen verschärfte sich die Situation. Die charmant verwinkelten Zentren dienten den Stadtplanern der Moderne als Schreckensszenario. Ihr großes Versprechen war es, den Bewohnern ein besseres, weil hygienischeres Leben zu ermöglichen. Ihre Maßnahmen dafür waren teilweise radikal.

Georges-Eugène Haussmann etwa ließ in Paris Ende des 19. Jahrhunderts ganze Straßenzüge und insgesamt 40.000 Häuser abreißen, um aus dem schmutzigen, von Cholera heimgesuchten Paris eine moderne Hauptstadt zu machen. Die Architekten des Neuen Frankfurt propagierten in den Zwanzigerjahren Licht und Luft statt der gedrängten Enge der Frankfurter Altstadt und planten raumgreifende Neubausiedlungen auf der grünen Wiese. (Laura Weissmüller, <https://www.derbund.ch/die-kehrseite-der-urbanisierung-962583514947>).

So wie damals urbane Lösungen für die Beengtheit im städtischen Raum gesucht und mit Erfindungsgeist geschaffen wurden, genauso stellt sich die Situation auch heute dar. Lösung, Behandlung und Heilung der Corona-Pandemie findet man großteils nur im urbanen Raum. Nur hier ist die nötige Infrastruktur und Ausbildung vorhanden, um dieser Krise begegnen zu können. Räumliche Beengtheit und Platzprobleme werden mit Kreativität gelöst, in dem man große Funktionsgebäude wie Messehallen, Veranstaltungsräume etc. zu Krankenzentren umfunktioniert.

Am Ende möchte ich nochmals auf die Aussage von Städteforscher Luis Bettencourt vom Santa Fe Institute hinweisen, der Städte mit

Sternen verglichen hat und darauf hinweist, dass nur in Städten soziale Interaktionen und Leistungen beschleunigt werden können und wie Sterne Masse anziehen und immer heller brennen, je größer sie sind.

Es bleibt somit zu hoffen, dass der Zeitraum, bis die Städte wieder so hell wie Sterne leuchten können – ein möglichst kurzer sein wird. Da das Urban Forum in seiner wissenschaftlichen Arbeit sich auch immer wieder den Gedanken von Egon Matzner verpflichtet fühlt, möchte ich auch mit einer mir passend erscheinenden Aussage dieses berühmten politischen Querdenkers schließen.

In der im November 2010 erschienenen Biografie „Egon Matzner – Querdenker für eine andere Welt“, wird Matzner kurz vor seinem Tod damit zitiert, dass „nach der hemmungslosen Privatisierungsideologie eine Ära folgen wird, in der die massenhaft entstandenen und entstehenden Schäden Gegenstand der Politik werden.“

Ich finde, dass diese Aussage sehr zutreffend ist für unsere aktuelle Situation. Stehen wir doch am heutigen Tag an einem Scheideweg – auch in der urbanen Entwicklung – die uns genau in diese von Egon Matzner vorhergesehene Entwicklung führen wird.

Es liegt nunmehr an uns allen, wie wir die Erfahrungen der letzten Wochen für eine bessere urbane Zukunft nutzen können. Ich plädiere dafür, diese Chance radikal zu nutzen und einen weit angelegten Umdenkprozess zu starten – zum Wohle von uns allen.



© zVg

Dr. Johannes Schmid

Rechtliche Angelegenheiten / Daseinsvorsorge, Österreichischer Städtebund



Gemeindeentwicklung in Kooperation Methoden der Infrastruktur und Daseinsgrundfunktionen

Gemeinden stehen unter großem Druck, den immer steigenden Anforderungen der Gesellschaft Stand zu halten. Veränderte Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der BürgerInnen fordern neue Herangehensweisen bei der Entwicklung von Lebens- und Arbeitsräumen in Gemeinden.

Als BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen genügt es heute nicht mehr, den Ist-Zustand in ihren Gemeinden zu verwalten, sondern es ist ihre Aufgabe die Zukunft aktiv zu gestalten. Das ist eine sehr komplexe Herausforderung, da Wissen in unzähligen Bereichen notwendig ist.

In der Wirtschaft ist es wie im Leben. Eine Partnerschaft, die diesen Namen verdient, funktioniert nur, wenn die Beteiligten einander auf Augenhöhe begegnen und eine wohlwollende, aber ehrliche Auseinandersetzung nicht scheuen. Jede Gemeinde hat ihre Stärken und ihre schwachen Punkte. Den komplexen Prozess der Entwicklung einer Gemeinde qualitativ zu begleiten, kann nur heißen, die Vielfalt der Lebensbereiche genau anzuschauen, alle Probleme präzise zu analysieren, alle Chancen und Potenziale für die Zukunft aufzuzeigen.

Für die Entwicklung einer Liegenschaft müssen Nutzungen bestimmt werden, die positive Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Gemeinde haben.

Ebenfalls im gemeinsamen Interesse liegt die Nutzung synergetischer Potenziale, um eine Qualitätssteigerung in den Daseinsgrundfunktionen zu erreichen. Ziel ist eine nachhaltige Raumordnung zu erhalten und dadurch allfällige Defizite der Infrastruktur bei Daseinsgrundfunktionen auszugleichen, damit die Lebensqualität in der Gemeinde und der Region verbessert wird.



Ein weiteres Ziel der Gemeinde ist die möglichst geringe finanzielle Belastung des Haushaltsplanes bzw. ein tunlichst geringes Risiko durch allfällige Maßnahmen für die Zielerreichung.

Die Gemeindeentwicklung beginnt mit der Tätigkeit der Faktenerhebung. Wohnsituation, Alterspyramiden, Bevölkerungswachstum – gemeinsam mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften werden Daten und Fakten über die Gemeinde zusammengetragen und der Bevölkerung präsentiert. Um einen umfangreichen Überblick über die Gemeinde zu bekommen, werden Primär- und Sekundärdaten erhoben sowie die Sicht von außen (der Internet-Auftritt der Gemeinde) beleuchtet. All diese Informationen liefern wichtige Erkenntnisse über den Ist- und Soll-Zustand und ergeben dadurch ein facettenreiches Bild über die Gemeinde und leisten einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Gemeindeentwicklung.



© zVg

Dr. Herbert Schöpf, LL.M.

Rechtsanwalt, Europarechtsexperte,
Honorarkonsul der Republik Italien für Tirol

„Die Städte sind überproportional betroffen!“

Herr Generalsekretär, der Österreichische Städtebund erlebt als Interessenvertretung die Sorgen und Nöte der Kommunen in Krisenzeiten besonders nah. Ihre Organisation gibt sogar eigene COVID-19-Info-Newsletter für die Mitgliedsgemeinden heraus. Bitte geben Sie uns einen Überblick, was die Städte am meisten besorgt.

Kurzfristig war sicher die Information der Gemeindebürgerinnen und -bürger das herausfordernde Thema, insbesondere vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung in täglich ausgegebenen Regeln in Form von Pressekonferenzen. Deshalb haben wir uns auch sehr rasch entschieden, für unsere Mitglieder den erwähnten Newsletter herauszugeben. Das ist schlicht das Bemühen, all das, was von Bundesebene kommuniziert wird, für unsere Mitglieder aufzuarbeiten bzw. zu „übersetzen“. Daneben war und ist es natürlich die – wie auch in normalen Zeiten – Grundaufgabe jeder Stadt, jeder Gemeinde, die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für uns alle in gewohnter Weise zu erbringen, 24 Stunden, 7 Tage. Frei nach Karl Kraus, eine Stadt muss funktionieren, gemütlich bin ich selbst.

Funktionieren hat funktioniert, die Gemütlichkeit lassen wir uns langfristig auch nicht nehmen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger wissen sehr genau, was sie an ihren kommunalen Dienstleistungen haben; wird diesen doch jährlich im sogenannten Städtebarometer, das das SORA Institut für den Städtebund durchführt, das beste, ja das allerbeste Zeugnis ausgestellt. Eine deutliche Mehrheit ist auch der Meinung, dass es gut ist, dass diese Palette an Dienstleistungen im Wege der Städte und Gemeinden erbracht wird. Besondere Bedeutung kommt ja hier aktuell den sozialen Dienstleistungen zu, allen voran Pflege und Gesundheit – und natürlich den Finanzen!

Städtebund-Präsident Michael Ludwig hat in einer Aussendung darauf hingewiesen, dass den Städten die Kommunalsteuereinnahmen wegbrechen. Ist die jetzige Situation mit der Finanzkrise von 2008 vergleichbar – oder anders gefragt, wie bedrohlich ist der Shutdown für die urbanen Zentren aus ökonomischer Sicht?

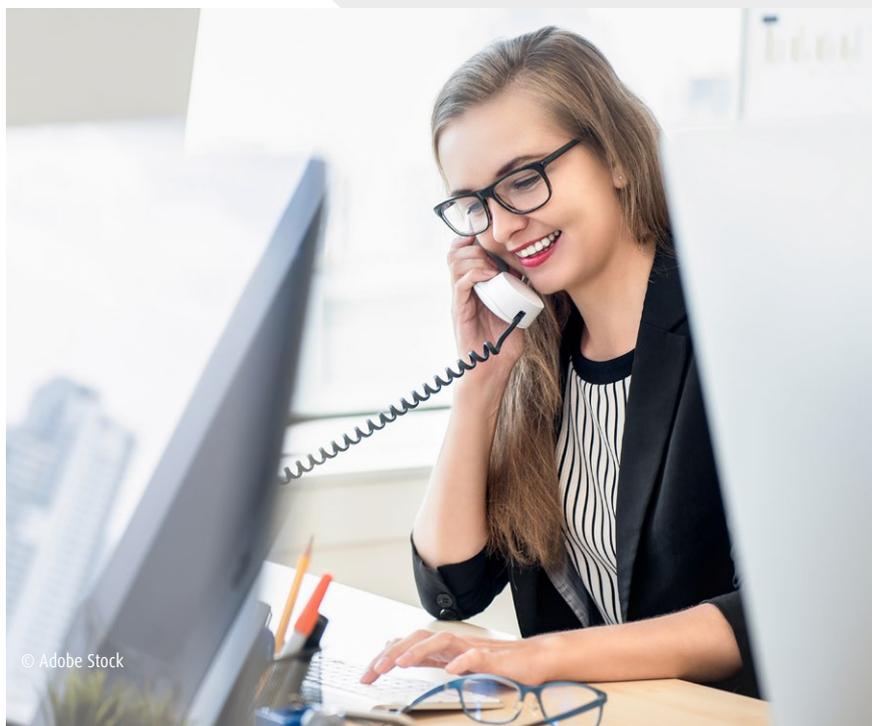
Hier sind die Städte überproportional betroffen, weil neben dem Entfall an Einnahmen im Wege der Ertragsanteile an den bundesgemeinschaftlichen Steuern, sind auf Grund dramatisch wachsender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die dramatischen Ausfälle der Kommunalsteuer anzuführen, wie der Name schon sagt, betrifft nur die Kommunen; und aufgrund des Shutdowns des Tourismus die Fremdenverkehrsabgaben und dann Gebühren und Entgelte, die das dritte wesentliche Standbein der kommunalen Finanzierung darstellen, etwa im Bereich Kindergarten und Musikschulen, oder Parkometerabgaben etc. Der Vergleich mit 2008/09 ist nur bedingt zu ziehen, weil damals zwar auch ein deutlicher Rückgang bei den Ertragsanteilen gegeben war, was aber zumindest bei den anderen beiden Einnahmenbereichen – Kommunalsteuer und Leistungsentgelte/Gebühren, nicht gegeben war. In Zusammenarbeit mit dem KDZ und unseren FinanzexpertInnen kommen wir ja in Szenarien – optimistisch (rasches wieder Hochspringen der Wirtschaft) bis pessimistisch (nur sehr langsames Hochfahren der Wirtschaft) auf ein Minus bei den Einnahmen von 900 Mio. Euro bis 2 Mrd. Euro.

Realistisch, mit dem Wissen von heute, quasi evidenzbasiert, wie das heute heißt, 1,5 Mrd. Euro weniger in den kommunalen Kassen.

Das bedarf dringend, so wie für die Unternehmen der Wirtschaft, eines unmittelbaren „Rettungsschirmes“ für die Gemeinden, unabhängig von der Größe, um die bereits angesprochenen umfangreichen Leistungen der Daseinsvorsorge weiter erbringen zu können: Der Chefökonom der Industriellenvereinigung, Christian Helmenstein, hat zu Recht in einem Interview mit der Wiener Zeitung darauf hingewiesen, wie wichtig diese öffentlich erbrachten und finanzierten Leistungen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Privatwirtschaft sind.

Jahrelang war die Betrachtungsweise auf den Öffentlichen Dienst aus dem Blickwinkel von Optimierungszwang und Spardruck geprägt. Die COVID-19-Pandemie zeigt jetzt, dass viele Krankenhäuser den Empfehlungen von Kontrollinstanzen zum Glück nicht gefolgt sind, sodass Österreich, was die Anzahl von Intensiv-Betten betrifft, international top liegt. Haben Sie die Hoffnung, dass die „Wohlfahrtsstadt“ und öffentliche Daseinsvorsorge wieder mehr geschätzt und auch politisch gefördert werden?

Wir sehen jetzt, wohin das führt, alles dem neoliberalen Duktus „Mehr privat, weniger Staat“ unterzuordnen. Weltweit, aber auch



innerhalb der EU. Vergleichen Sie die Gesundheitssysteme in den nordeuropäischen Staaten, mit jenen in Südeuropa, in denen aufgrund der von den nordeuropäischen EU-Staaten – Österreich mittendrin dabei – und der Europäischen Kommissionen vorgegebenen Austeritätspolitik massive Einsparungen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich vorgenommen wurden. Ich empfehle die vergleichenden OECD-Studien zum Gesundheitsbereich.

Insgesamt ist wohl Caritas-Präsident Michael Landau zuzustimmen – die jetzige Situation ist ein Stresstest für unser Sozial- und Gesundheitssystem.

Was bedeutet diese Krise insgesamt für die kommunalen Dienstleistungen – kann daraus auch eine Chance entstehen, abseits von kurzfristig erhöhter Wertschätzung?

Da wie erwähnt, die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl wissen, was sie an ihren Kommunen haben, wird sich da wohl nichts ändern. Es ist aber zu wünschen, dass die Bundesebene auch jenen Menschen den gebührenden Respekt zu Teil werden lässt, die die kommunalen Dienstleistungen erbringen. Was sich letztlich auch in einer entsprechenden dauerhaften finanziellen Ausstattung niederschlagen muss. Und eben nicht, wie bisher immer neue Aufgaben zu beschließen – ja zu erfinden – an die kommunale Ebene zu übertragen und maximal eine sogenannte Anschubfinanzierung vorzusehen.

Bereits die in den letzten Wochen, seit Mitte März, gemachten Erfahrungen bzw. Beobachtungen lässt dies jedoch einmal mehr, nicht erwarten. Oder fällt Ihnen ein Minister, eine Ministerin oder gar der Bundeskanzler ein, der/die bei einen der unzähligen Pressekonferenzen die Städte, die Gemeinden erwähnt hätte? Geschweige denn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen?



Abschließend: Wenn Sie einen Wunsch für die Städte frei hätten, was wäre das?

Nicht nur eine anhaltende und nachhaltige Wertschätzung der Städte und Gemeinden und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Wertschätzung für die kommunale Selbstverwaltung, wie sie im europäischen Recht inhärent ist und in der Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates zum Ausdruck kommt. Ausgedrückt natürlich in einer entsprechend nachhaltigen finanziellen Ausstattung.



© zVg

OSR Mag. Dr. Thomas WENINGER, MLS
Generalsekretär, Österreichischer Städtebund



**Österreichischer
Städtebund**

Gemeinden in der Coronakrise stark gefordert



Die Krise ist in den Gemeinden voll angekommen. Gemeinden sind eine wichtige Stütze in der Krise und ein Garant für das Funktionieren vieler Lebensbereiche und das Sicherstellen der Daseinsvorsorge, auch wenn wichtige Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten geschlossen werden mussten.

Nun stehen die Gemeinden vor finanziellen Problemen. Starke Rückgänge bei Kommunalsteuer und Ertragsanteile gefährden kurzfristig die Liquidität vieler Gemeinden. Die laufenden Einnahmen können in diesem Jahr um 10 Prozent sinken, die Kommunalsteuer – aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und hohen Kurzarbeit – kurzfristig um 30 bis 50 Prozent einbrechen. Der Überschuss der operativen Gebarung wird sich jedenfalls halbieren bzw. bis auf ein Drittel sinken.

Investitionen werden folglich großflächig gestoppt und auf Eis gelegt. Entsprechend dem Einnahmerückgang können die Investitionen um 20 bis 30 Prozent zurückgehen. Im Vergleich zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 werden die Gemeinden stärker betroffen sein – was auch aus den aktuellen Wirtschaftsprognosen abzuleiten ist.

Kurzfristige Hilfspakete für Gemeinden sind notwendig, um die Liquidität zu sichern. Gleichzeitig müssen Konsolidierungsprogramme in den Gemeinden gefahren werden. Ein wesentlicher Knackpunkt ist die möglichst rasche Stützung der kommunalen Investitionen. Hier braucht es ein Investitionsprogramm, welches insbesondere auch die Gemeinden miteinbezieht. Damit kann auch die regionale Wirtschaft wieder schneller angekurbelt werden. Zukunftsweisende Schwerpunkte wie der Klimaschutz sowie eine bessere regionale Koordination von Infrastruktur sollten im Fokus dieser Programme stehen.

Die Gesundheits- und folgende Wirtschaftskrise sollte jedoch auch genutzt werden, um wichtige, bisher offen gebliebene Reformen anzugehen. Dies betrifft die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung, wo auch eine bessere Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich ist.

Gerade in der jetzigen Krise zeigt sich auch, dass die seit vielen Jahren steigenden Abhängigkeiten in den Länder-Gemeinde-Transfersystemen die Gemeindeautonomie und

die finanziellen Spielräume der Gemeinden kontinuierlich einschränken. Hier sollte daher die Chance genutzt werden, längst fällige Reformen im Finanzausgleich umzusetzen, allen voran eine Transferentflechtung, die Stärkung der kommunalen Abgabenaufonomie und eine Aufgabenorientierung.

Die Gemeindeebene übernimmt in der Coronakrise eine wichtige Rolle. Sie ist Garant für die Bereitstellung wertvoller, systemrelevanter Infrastruktur und der Daseinsvorsorge, weshalb deren Funktionsfähigkeit oberste Priorität haben sollte. Um für künftige Krisen besser gewappnet zu sein, werden eine Stärkung der regionalen Ebene und damit verbundene Strukturereformen notwendig sein.



Mag. Peter Biwald

Geschäftsführer KDZ –
Zentrum für Verwaltungsforschung



„VerkäuferInnen WERTschätzen“ – Eigeninitiative mit großer Wirkung

Es war der 15. März 2020 an dem die Ausgangsbeschränkungen durch den Nationalrat verordnet wurden, die Versorgung durch Super- und Drogeriemärkte sei aber sichergestellt.

Sofort dachte ich an jene Menschen die nun, trotz allem, arbeiten gehen müssen. Von den ÄrztInnen bis zum Reinigungspersonal, schlicht unsere SystemerhalterInnen.

Dann dachte ich an die unzähligen VerkäuferInnen. Sie gefährden ihre eigene Gesundheit um uns zu versorgen. Sie sind, aufgrund von COVID-19, hohen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt, kommen kaum zu Pausen, beweisen starke Nerven und sind schlicht, nebst vielen anderen systemrelevanten Berufsgruppen, unsere HeldInnen in der Krise. Ihr Gehalt ist wahrlich nicht berühmt und für einen respektvollen Umgang mit dieser Berufsgruppe haben nicht alle KundInnen Verständnis. Die Regierung kündigte finanzielle Rettungsschirme für Konzerne an, jedoch fehlte jeder Hinweis auf Prämien für jene Angestellte, die sich nicht zurückziehen und im Home-Office schützen können.

Wissend, dass VerkäuferInnen in Super- und Drogeriemärkten das Trinkgeld in den letzten Jahrzehnten verweigert wurde, war meine Überlegung, dass man auch hier, direkt bei den Konzernen, eine Ausnahmeregelung während der Krise erbitten sollte. Diese Forderung auf traditionellem Wege zu erkämpfen, hätte viel zu lange gedauert und das Ergebnis wäre gewiss negativ ausgefallen.

Fakt ist aber, Soziale Medien bieten Konzernen eine enorme Werbemöglichkeit ohne Kosten. Viele Super- und Drogeriemärkte nutzen dieses breite Forum um Imagepflege zu betreiben und den Austausch mit KundInnen zu pflegen. Genau hier setzte ich an. Laptop an und jeden Konzern öffentlich anschreiben, als Einzelperson wohlgemerkt. Es sollte ja schnell und unbürokratisch über die Bühne gehen.

A la „Keep it short and simple“...and a little bit native, lautete die Frage an die Konzerne: „Frage: Dürfen wir während der Ausnahme-situation den KassiererInnen Trinkgeld geben und dürfen diese es auch behalten (z. B. untereinander aufteilen)? Ich würde darum bitten. MfG HM“. Ich machte Screenshots und sammelte diese in einer Facebook-Gruppe. Zuerst zu meiner eigenen Dokumentation, in weiterer Folge dann als Beweisgrundlage.

In den meisten Fällen wurde auf einen steuerlichen Graubereich hingewiesen, welcher natürlich erfunden ist. Mit Fakten aus dem Finanzministerium zur Steuerfreiheit von Trinkgeldern konnte ich dieses Argument entkräften. Einige sagten gleich zu, andere schlossen die Teilnahme an der Ausnahmeregelung aus. Am Ende des Tages wurde schließlich vermutet, es handle sich um eine einzelne, ver(w)irrte Kundin.

Aus einer KundIn wurden aber binnen kürzester Zeit fast 2.500 Menschen, die die Idee aktiv und bundesweit umsetzten. Der Aufruf beim Einkauf einen kleinen Betrag der Dankbarkeit zu geben, fand großen Anklang. Bei tausenden KundInnen machen schon einige Cent viel aus. Dezentral und durch die Sozialen Medien verbunden, bastelten wir Trinkgeldboxen und hinterlegten diese, beim ausschließlich notwendigen Einkauf, bei der Kassa.



In weiterer Folge wurden von den Konzernen selbst Prämien ausgegeben. Pro Angestellte waren dies 50–125 €-Wertgutscheine, die letztendlich im eigenen Konzern landen. Man kann sich ausrechnen, dass die Beträge in den Trinkgeldboxen bereits einen höheren Wert ausmachen. Mittlerweile hat die Gewerkschaft die Forderung nach einem „Corona-Tausender“ gestellt, welche alle Mitglieder der Initiative schätzen und unterstützen. Damit wäre unser Ziel erreicht. Die Angestellten sollen sich nach der Krise etwas gönnen können. Möge die Forderung umgesetzt werden.

Was haben wir aus der Krise bislang gelernt? Wo ein Wille, da ein Weg. Nicht darauf warten, bis andere bzw. die InteressensvertreterInnen selbst aktiv werden. Einfach machen. Der beste Beweis für die Notwendigkeit der Initiative waren die bewegenden Reaktionen der VerkäuferInnen, die Prämien der Konzerne, der Corona-Tausender und nicht zu vergessen, das positive und enorme Medienecho ohne proaktive Medienarbeit.

1 Idee. 1 Smartphone. 1 rollender Stein.

Es bleibt zu hoffen, dass neben dem Corona-Tausender, die Zukunft allen Handelsgestellten angemessene Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Respekt zukommen lässt.



Hiroshima Mandee
Gründerin der Initiative
„VerkäuferInnen WERTschätzen“

© Hiroshima Mandee

BÜHNENLIEBE hilft heimischen Kulturbetrieben

Eine neue Online-Plattform unterstützt kostenlos und unbürokratisch

Ob Festivals, Bühnenhäuser oder Festspiele: Alle Kulturbetriebe in Österreich sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie stark betroffen und stehen nun immer mehr vor großen finanziellen Herausforderungen. Um abzuwehren, ist die Plattform **bühnenliebe.at** ins Leben gerufen worden, die auf einfache Weise ermöglicht, Gutscheine für Bühnenhäuser und Festivals jetzt zu kaufen und später einzulösen. Dabei fallen weder für Kulturbetriebe noch für Gutscheinkäufer Kosten & Gebühren auf der Plattform an und der Erlös der Gutscheine **kommt den Bühnen und Festspielen direkt, sofort und zur Gänze zugute**, „denn vom kleinen Puppentheater bis zum großen Bühnenhaus, vom kleinen Festspiel bis zum großen Festival brauchen alle JETZT Hilfe“, sind die Initiatoren überzeugt. Zu den Unterstützern von **bühnenliebe.at** zäh-

len bereits die *ORF Plattform myfidelio.at*, *Universal Music*, *MICA*, *Habegger Austria*, *uvm*. Die Plattform wird von Kulturbetrieben sehr stark angenommen & dutzende große und kleine Kulturinstitutionen haben sich seit Start der Initiative am 15.3. bereits registriert. Immer mehr Gutscheinbestellungen werden durchgeführt und jeden Tag kommen neue Betriebe dazu. Vom Haydn Festival zum Mozart Knabenchor Wien, von Schloss Thalheim Classic in NÖ bis zur Kompagnie Dieheroldfliri aus Vorarlberg.

„Kultur ist ein essenzieller Bestandteil unseres Lebens, wir wollen unsere Häuser erhalten, denn Kunst live zu erleben ist durch nichts zu ersetzen“, sagt dazu Teilnehmer Jakob Kavin, künstlerischer Leiter des Theater Arche. Das sieht das heimische Publikum, das seinen Kulturveranstaltungen entgegen-

sehnt, genauso, und der Gutscheinverkauf kam schnell ins Rollen. Auf diese Weise vermittelt **bühnenliebe.at** schon heute Vorfreude auf die kulturellen Ereignisse von morgen.



© frühaufpixx, Dominik Frühaufer

Monika Medek
Opernsängerin, Sopran

bühnenliebe.at

EINE INITIATIVE ZUR UNTERSTÜTZUNG ÖSTERREICHISCHER KULTURBETRIEBE





Die vergessene Generation 65+

Der Focus liegt in Zeiten der Coronakrise bei der Generation 65+. Es stellt sich die Frage, wieso eigentlich vergessen? Gerade jetzt liegt doch ein Hauptaugenmerk auf genau dieser Hochrisikogruppe.

Vergessen deshalb, weil in der Vergangenheit, in einer Welt der Digitalisierung, schlichtweg auf diese Generation vergessen wurde. Die österreichische Bundesregierung propagiert „Kauf lokal, das geht auch digital“. Was wenn es aber nicht geht bzw. die Voraussetzungen nicht gegeben sind? Immerhin partizipiert mehr als die Hälfte der Hochrisikogruppe 65+ nicht am digitalen Zeitalter, und zwar aus einem ganz trivialen Grund, diese Gruppe verfügt über kein Internet. Es handelt sich hier um die sogenannten Offliner, digitale Analphabeten. Staatlich geförderte Versuche, eine Veränderung herbeizuführen, waren bisher Mangelware. Es gibt aber auch einige Lichtblicke, z. B. gratis Internetkurse der Frauenakademie Villach, die schon über 400 Frauen über 65+ den Eintritt in die digitale Welt ermöglicht haben. Hier sei noch erwähnt, dass bei der Generation 65+ deutlich mehr Frauen digitale Analphabeten sind.

Ende 2019 setzten wir uns in einer Studie be-

reits mit dem Thema, wie man 65+ Offliner online bekommt, auseinander. Um herauszufinden, ob und wie sich die Situation in der Coronakrise verhält, haben wir dazu ganz aktuell eine standardisierte telefonische Befragung bei 65+ Offlinern durchgeführt.

Der Anteil der Personen, die planen, nach der Coronakrise online zu gehen, liegt bei 90 Prozent. Das kann unter anderem daran liegen, dass knapp 30 Prozent, auch in der Coronakrise, es als Abhängigkeit sehen, wenn Sie Angehörige darum bitten müssen, z. B. Produkte online für sie zu bestellen. Das erklärt warum, wenn erstmals online, dann fast alle shoppen gehen wollen. Soziale Medien wie Facebook interessieren die Probanden kaum.

Eine wichtige Erkenntnis deckt sich mit Untersuchungen aus der Vor-Corona-Zeit, der Kostenfaktor ist für Offliner ein besonders wichtiges Kriterium Onliner zu werden. Obwohl die 2019 untersuchte Gruppe als sehr heterogen zu charakterisieren ist, zieht sich der finanzielle Aspekt durch alle Schichten. Daher ist auch nachzuvollziehen, dass bei der aktuellen Umfrage fast 90 Prozent wünschen, dass der Vorschlag der Wiener Grünen Smartphones, Laptops etc. für Pflichtschüler zu fördern,

auch auf die Generation 65+ ausgeweitet werden soll. Außerdem finden über 80 Prozent, dass die Regierung gratis Internetkurse für die Generation 65+ fördern soll.

Eines ist gewiss, es wird noch einiges an Arbeit auf die Politik zukommen. Dazu gehört auch die Digitalisierung der vergessenen Generation zielgruppenadäquat in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Ich bin jedoch guter Dinge, immerhin sprechen wir von fast 1,7 Mio. potenziellen Wählern. Fast exakt jene Anzahl an Wählern, die bei der Nationalratswahl 2019 die SPÖ und die Grünen gewählt haben.



© zVg

Mag.^a Barbara Höfermayer
Selbstständige Marketing- und
Digital Intelligence-Beraterin



© Adobe Stock



Städte in Zeiten von COVID-19

Wie alle in Österreich, hat auch die COVID-19 Krise die Städte und Gemeinden schwer getroffen. Mitten in eine wesentliche Zeit für Gemeinden, – dem Frühjahr – platzte das Virus und stoppte jäh den Beginn von vielen konjunkturbelebenden, wichtigen Maßnahmen. Gerade im Frühling starten viele Städte und Gemeinden, gemeinsam mit regionalen Firmen zahlreiche Infrastrukturprojekte, wie Schulzubauten, Renovierungsarbeiten, neue Kindergärten, Spiel- und Sportplätze oder natürlich auch den Bau von Wohnungen und Straßen. Viele dieser Initiativen geben lokalen Firmen Aufträge und sichern somit direkt Arbeitsplätze in den Regionen. Diese sind durch COVID-19 ins Stocken geraten und wenn wir nicht wollen, dass der kleine Handwerksbetrieb, der Installateur, der Tischler, die regionalen Baufirmen nachhaltigen Schaden erleiden, dann müssen wir jetzt gemeinsam den Wirtschaftsmotor der Gemeinden schnellstmöglich wieder anwerfen. Nicht nur für die Wirtschaft, sondern vor allem auch für die Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden.

Verlieren die Gemeinden aufgrund von COVID-19 wichtige Einnahmen wie Kommunalsteuer und Ertragsanteile des Bundes, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Region. Viele KMUs und EPU's werden das dann nur schwer überleben und übrig bleibt der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin.

Daher gilt es jetzt neben allen gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen auch die Wirtschaft und die Gemeinden zu stärken.

Auch in den besonders kritischen Wochen während COVID-19, im März und April, waren es die Städte und Gemeinden, die die Infrastruktur hochgehalten haben. Alle MitarbeiterInnen in den Gemeindeämtern, den Bauhöfen, Stadtgärtnereien, Müllverbänden und natürlich in den Schulen, Kindergärten und Horten, ist es zu verdanken, dass das tägliche Leben trotz zahlreicher Einschränkungen am Laufen geblieben ist und die BürgerInnen auf möglichst wenig an Service verzichten mussten. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank

und die Krise hat uns einmal mehr bewiesen, wie unverzichtbar und wertvoll die tägliche Arbeit unserer Städte und Gemeinden ist. Daher helfen wir gemeinsam zusammen, genau jene Infrastrukturen zu stärken, damit der Wirtschaftsmotor „Gemeinde“ nicht zu stottern beginnt.



© zVg

Wolfgang Kocovar

Bürgermeister Stadtgemeinde Ebreichsdorf



© Adobe Stock



Die Stadt nach Corona

Unsere Ballungszentren wirken im Moment etwas „zombifiziert“. Auch wenn es so langsam wieder losgeht mit dem Leben, ganz dasselbe ist es wohl doch nicht. Wir spüren auf einmal ganz individuell und persönlich, was die Vor- und -Nachteile der Stadt sind. Die Entschleunigung unseres Alltags passt eben nicht ganz in die Welt der Skyscraper und die Dichte der Großstädte. Die Coronakrise führt zu einer Rückbesinnung darauf, was, wann wirklich Sinn macht.

Viele Menschen sehnen sich gerade nach der Region. Die entschleunigte Lebensform im Grünen ist für unsere jetzige Situation durchaus sinnvoll. Spazieren gehen, lesen, entspannen und viel Platz sind nunmal in Zeiten der sozialen Isolation praktisch.

Viele der Vorteile der Region waren auch schon vor der Krise gewünscht. Allerdings waren sie nicht machbar. Finanzieller und beruflicher Druck zwang vor allem die Jüngeren in die Großstädte. Aber individuelle Lebensläufe sind nicht mehr so linear. Man ist nicht „Stadt-

mensch“ oder „Lande“. Je nach Lebensphase wandeln sich die Bedürfnisse. Man möchte vielleicht in der Stadt Karriere machen, dann am Land in Pension gehen. Oder die Kinder dort erziehen und dann wieder in die Stadt. Das Leben ist eben differenzierter geworden.

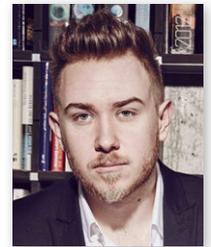
Die wirklich spannende Frage ist allerdings: Was kann die Stadt daraus lernen?

Die Stadt ist mehr als nur eine Karrierestation im Leben. Natürlich sind es die Produktivitäts-Hotspots unserer Welt, aber sie sind eben auch soziale Räume. Zweiteres haben wir in unserer Hyperbeschleunigung vor Corona vielleicht etwas zu kurz kommen lassen. Die Stadt birgt das Privileg der Anonymität. Das wird sich nach der Krise wandeln müssen. Soziale Räume, Parks, Restaurants, Begegnungen machen es erst wirklich lebenswert, und das spüren wir nun alle tagtäglich.

Die Stadt der Zukunft wird aus den Sehnsüchten der Region lernen und ein grüneres, sozialeres und lebenswerteres sein. Nachhal-

tigkeit ist nach wie vor der Mega-Trend des 21. Jahrhunderts, und durch soziale sowie technologische Intelligenz und Systeme werden wir auch diese nächste Krise gemeistert kriegen.

Vielleicht ist die Coronakrise insofern nicht die Krise die wir wollten, aber eventuell die, die wir brauchten.



© www.zukunftsinstitut.de

Tristan Horx

Trendforschung/Speaker/Podcast
Zukunftsinstitut Wien



© Adobe Stock

Stadt und Mensch nach COVID-19

Sechs Thesen darüber, was sich ändern wird – und was nicht

Der Autor dieser Zeilen ist kein Zukunftsforscher, und „Prognosen sind schwierig, insbesondere, wenn sie die Zukunft betreffen“. Das wissen wir, seit ein Zitat berühmt geworden ist, das wahlweise Mark Twain, Kurt Tucholsky und Winston Churchill zugeschrieben wird. Dennoch soll an dieser Stelle ein Blick in eben diese gewagt werden, um genauer zu sein, in die urbane Zeitrechnung nach der COVID-19 genannten Pandemie. Was sich ändern wird und was nicht, soll thesenhaft erörtert werden.

These 1: Alles wird gut? Mitnichten!

Der bekannte Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx hat in seinem viel beachteten Text „Die Welt nach Corona“ einleitend festgehalten, dass es kein Zurück in die Zeit vor SARS-CoV2 geben würde und jener Zustand, den wir als Normalität empfunden haben, „niemals“ wiederkehren werde. Mit einer Re-Gnose (im Gegensatz zur Pro-Gnose) wagt er aus dem fiktiven Herbst 2020 einen Rückblick auf die Hochphase der Pandemie. Mit der „Corona-Rückwärts-Prognose“ postuliert der „Visionär“ (Eigendefinition Horx), „wie wir uns wundern werden, wenn die Krise ‚vorbei‘ ist“. Dieses „Wundern“ bezieht sich, so der Zukunftsforscher, durchaus auch auf positive Entwicklungen, wie z. B. den Anstieg „gesellschaftlicher Höflichkeit“. In der Tat werden derzeit Supermarktkassiererinnen, Erntehelfer, Krankenschwestern, Paketzusteller, Kindergärtnerinnen und MitarbeiterInnen der Einsatzorganisationen mehr wahrgenommen als normal, öffentlich gewürdigt sowie bedankt. Aber wird es nach der Krise, wann immer das sein möge, dabei bleiben? Um 18 Uhr die Fenster zu öffnen, „I am from Austria“ zu hören und zu applaudieren, werden nicht reichen. Die Gefahr, dass es im sozialen Umgang miteinander sehr wohl ein „Zurück vor Corona“ geben wird, insbesondere was die jetzt so viel zitierten Systemerhalter betrifft, ist groß. Es ist kaum anzunehmen, dass uns ein Virus – sei es auch noch so gefährlich und ansteckend – die jahrzehntelangen neoliberalen Verhaltensweisen von „Geiz ist geil“ bis „Hilf dir selbst, dann ...“ von heute auf morgen austreibt. Wenn wir uns in der nächsten größeren Krise (möge sie lange nicht kommen!) nicht wieder wundern wollen – um bei der Begrifflichkeit von Horx zu bleiben – wo die slowakische 24-Stunden-Pflegerin und der ukrainische Spargelstecher geblieben sind, warum wir im wiedererstarteten Tourismus keine Mitarbeiter für die Gastronomie finden und wieso hierzulande niemand den Lehrberuf Fleischhauer erlernen möchte, dann sollten wir jetzt damit beginnen, unsere Wertschätzung nicht nur (aber auch!) durch Höflichkeit, sondern vor allem durch wirklich gerechte Entlohnung und würdige Arbeitsbedingungen auszudrücken. Dann brauchen



wir eine ernstgemeinte Gemeinwohlorientierung, eine Neudefinition der Arbeit/Erwerbsarbeit und zumindest eine Rückverlagerung von existenziell notwendigen Produktionen. Wiewohl wir in unserem Land zurecht stolz auf ein hohes Maß an Freiwilligenarbeit sein können, darf das Ehrenamt nicht dazu ausgenutzt werden, dass sich der Sozialstaat aus seiner Verantwortung stiehlt oder mit Vorsatz politisch ruiniert wird. Wie Österreich die Krise des Pflege- und Gesundheitssystems ohne gesetzlich angeordnete Verlängerung des Zivildienstes für jene, die diesen gerade versehen bzw. ohne freiwillige Meldung von rund 1.000 ehemaligen Sanitätern bewältigt hätte, bleibt mehr als fraglich. Dass sich Europa fast völlig von produzierenden Ländern wie China, Indien oder Pakistan abhängig gemacht hat, wusste man, galt aber als egal. Im Lichte der knappen Verfügbarkeit von Medikationen bzw. der Herstellung von Schutzausrüstung werden uns die Sünden der Vergangenheit eindrücklich vor Augen geführt. Gerade in einer Zeit, in der die Gefahr sehr groß ist, dass soziale Ungleichheiten dramatisch verstärkt werden und die Krise die Ärmsten und sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft am meisten trifft, bedarf es eines starken Wohlfahrtsstaates. Wenn wir diesen Turnaround nicht schaffen, dann werden wir uns tatsächlich noch wundern. Aber wohl nicht im Sinne von Matthias Horx.

These 2: Die Renaissance des starken Staates – und damit der Wohlfahrtsstadt

Jeder kennt das symbolische Bild vom Indie-Hände-Klatschen im Taubenschlag. Die Vögel erschrecken, flattern wild umher, aber nach kurzer Zeit setzen sie sich wieder hin, oftmals exakt auf dieselben Plätze. Es kehrt wieder Ruhe ein und es scheint, als sei nie etwas vorgefallen. Ähnlich verhält es sich oft mit den menschlichen Verhaltensweisen. Weder die unfassbaren Anschläge von 9/11, noch verheerende Bombenattentate im Herzen Europas, weder Berichte über internationale Menschenrechtsverletzungen, noch erschreckende Bilder von Tiertransporten haben unsere Lebensgewohnheiten nachhaltig verändert. Augen zu und durch – so schien die Devise. Nahezu alles wurde der Wohlstandsvermehrung und den wirtschaftlichen Wachstumszielen untergeordnet. Grenzenlosigkeit war das Ziel, Schamlosigkeit die Methode. Damit ist eine Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche einhergegangen – auch (zumindest teilweise) der Schulen, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen. „Mehr privat weniger Staat“ wurde seit den 1980er-Jahren zum Leitmotiv vieler Parteien, von konservativ über liberal bis sozialdemokratisch. Der Wohlfahrtsstaat erhielt Zuschreibungen wie „soziale Hängematte“, leistungsfeindlich, freiheitsraubend oder einfach nur überbordend und teuer. Wer sich für ihn einsetzte,

galt zumindest als retro, Alt-68er oder gar kommunistisch. Schlagworte wie Re-Dimensionieren, Outsourcen, Verschlinken, Deregulieren und Freisetzen waren debattenbestimmend und handlungsprägend. Legendär sind die Ermahnungen von Kontrollinstanzen, die Körperschaften Bund, Länder und Gemeinden mögen doch endlich die Kosten für Soziales und Gesundheit senken. Teilweise waren es gefährliche Ideen, wie sich jetzt am Beispiel der Intensivbetten zeigt, wo jahrelang eine Reduktion auf den EU-Durchschnitt gefordert wurde, um angeblich 3 Milliarden Euro einsparen zu können. „Sparen im System“ wurde dies gerne von Regierenden genannt, um den angeblich angesetzten „Speck“ im Sozial- und Gesundheitswesen loszuwerden. Angesichts der echten Sorge von Politik und Bevölkerung, COVID-19 könne unser Gesundheitssystem ähnlich überlasten wie dies in Italien und teilweise auch in anderen Ländern geschehen ist, besteht die reelle Chance, dass es diesbezüglich nach der Krise zu einem echten Neubeginn kommt, bei dem allgemeine Wohlfahrt wieder als etwas positives begriffen wird. Service Public, wie die Franzosen sagen, bei uns Daseinsvorsorge genannt, muss finanziell ausreichend ausgestattet und in öffentlicher Hand sein. Das gilt von der Abfallentsorgung bis zur Wasserversorgung. Wenn in Spanien am Höhepunkt der Pandemie Verstaatlichungen im Gesundheitsbereich durchgeführt wurden und Österreich froh ist, die Vorschläge zu rigiden Sparmaßnahmen am Krankenhaussektor in der Vergangenheit nicht umgesetzt zu haben, dann gibt das wirklich Anlass zur Hoffnung auf eine Renaissance des starken Staates, bei dem Altruismus und nicht Egoismus im Vordergrund steht und in dessen Windschatten auch das Modell der Wohlfahrtsstadt mit starker kommunaler Daseinsvorsorge ein Comeback feiert. Denn eine Seuche wie das neue Coronavirus kostet nicht nur tausenden Menschen in unterschiedlichen Ländern das Leben, sondern erzeugt auch negative Emotionen sowie Ängste und wird dadurch nachhaltigere Auswirkungen auf unsere Lebensgewohnheiten haben, als ein temporäres Ereignis wie ein Bombenattentat – sei es auch noch so verheerend.

These 3: Die Digitalisierung erhält einen enormen Schub

Die Republik Österreich gilt allgemein als gut verwaltet, aber auch in mancherlei Hinsicht verbürokratisiert und starr. In Zeiten von COVID-19 sind die Dinge anders gelagert.

Manche Veränderungen werden aus der Not heraus geboren, vieles kommt zwangsläufig in Fluss. Plötzlich ist es möglich, per Mail an den Hausarzt unter Angabe der Sozialversicherungsnummer Medikamente zu bestellen und nicht mehr nötig, sich für die Ausstellung eines Rezeptes in lange Warteschlangen in der Arztpraxis einzureihen.

Österreich ist ein Land, in dem international verglichen häufig mit Bargeld bezahlt wird. Aber auch hier wird das Coronavirus eine Beschleunigung der Veränderung herbeiführen. Um den Kontakt zwischen Kassiererinnen und Kunden kurz und den Abstand einzuhalten, haben Supermärkte intensiv dazu aufgerufen mit EC- oder Kreditkarte zu bezahlen. Dieser Trend wird sich fortsetzen und auf Bereiche wie die Gastronomie oder auch Dienstleister wie Friseure stärker durchschlagen als bisher. Nicht nur bei Großkonzernen, sondern auch in Stadtverwaltungen ist es möglich, ohne maßgeblichen Qualitätsverlust Teleworking zu betreiben. Auch nach der Überwindung der Pandemie werden manche krisenbedingten Entwicklungen erhalten bleiben, und das Homeoffice wird in den Verwaltungen größerer Kommunen zumindest teilweise (z. B. einen Tag pro Woche) dauerhaft Einzug halten.

Und noch eines hat uns COVID-19 gelehrt: Es ist nicht nötig, für jede einstündige Sitzung nach Frankfurt oder Brüssel zu fliegen – auch nicht mit der Bahn stundenlang von Wien nach Innsbruck (oder umgekehrt) zu fahren. Vieles lässt sich zeit- und ressourcenschonend per Videokonferenz abwickeln. Eine bleibende Erfahrung.

Am Bankensektor wird sich der Prozess der Verabschiedung vom weitverzweigten Filialnetz beschleunigen. Die Dominanz von Netbanking – mit allen Schattenseiten wie weiterer Verlust von Arbeitsplätzen sowie keine Rücksichtnahme auf jene, die in der digitalen Welt nicht gut zurechtkommen – wird coronabedingt noch stärker werden.

These 4: Neue Gewohnheiten bringen Kleinbetriebe unter Druck

In vielen Städten gab es bewundernswerte Initiativen aus der Bevölkerung, um arg in Bedrängnis geratene Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen. So zogen Stammkunden geplante Buchkäufe vor oder verschenkten bewusst literarische Werke. Namhafte Journalisten riefen dazu auf, die kleine Buchhandlung ums Eck zu unterstützen und nicht bei globalen Online-Portalen einzukaufen. Dies half so manchem Laden, die Zeit der wochenlang

verordneten Geschäftssperre mittels Postversand zu überbrücken und zu überstehen. Auch Gastronomiebetriebe haben notgedrungen damit begonnen, Abholservices einzurichten oder Menüs zu liefern. Waren diese Maßnahmen während der Pandemie zum Teil existenzsichernd, haben sie nun den Pferdefuß, dass sich so mancher Kunde an die Bequemlichkeiten der Hauszustellung gewöhnt hat. Was geschieht nun, wenn der Buchhändler in der Heimatstadt nach COVID-19 nicht mehr liefert? Macht sich der Kunde wieder auf den Weg ins Geschäft oder wechselt er doch zum kostenlos liefernden Versandgiganten? Wird der Wirt, der seinen Lieferservice aus ökonomischen Gründen wieder einstellen muss, Gäste an jene Anbieter verlieren, die im TV infolge massiver Werbung dauerpräsent sind? Nicht alle Fragen lassen sich heute schon beantworten, aber eines scheint gewiss: Jene, die bisher beim Onlinekauf noch zurückhaltend(er) waren, sind diesem nun gewiss ein Stück näher gerückt. Und wer einer der größten Profiteure dieser Gesundheits- und Wirtschaftskrise ist und weltweit 100.000 Mitarbeiter per öffentlichem Aufruf gesucht hat, ist auch hinlänglich bekannt: Jener Versandriese, der „2017 und 2018 in den USA keinen Cent an Einkommenssteuern gezahlt, dafür aber Steuerrückerstattungen von 137 bzw. 129 Millionen US-Dollar erhalten“ hat.¹

These 5: Wohlfühlstadt reloaded

Auch wenn es manche Akteure und Interessenvertretungen nicht wahrhaben wollen, der weltweite Zuzug in die Städte und der Prozess der Urbanisierung sind ungebremst und unumkehrbar. Mit allen Chancen, aber auch Sorgen und enormen Herausforderungen für die urbanen Zentren. Diese Entwicklung geschieht keineswegs grundlos. Viele Menschen müssen zwangsläufig mobil sein. Sie richten ihren Wohnort nicht nach Sentimentalitäten oder Nostalgien, sondern nach Chance auf/Nähe zum Arbeitsplatz, geringe Entfernung zu Einkaufsmöglichkeiten, Bildungs- bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen, Gesundheitsinstitutionen (wie Verfügbarkeit von Arztpraxen, Apotheken, Krankenhäusern oder Pflegeheimen), Sport- sowie Freizeitmöglichkeiten u. ä. aus. Die Ausdünnung des ländlichen Raumes, indem es wenige Arbeitsplätze, nur sehr eingeschränkte Öffnungszeiten von Kindergärten, eine geringe Dichte an Lebensmittelhändlern, kaum Allgemeinmediziner und oftmals nicht einmal einen Bankomat gibt, hat die Verstädterung enorm beschleunigt. Richten wir den Blick

¹ <https://www.heise.de/tp/features/Amazon-zahlt-Steuern-mit-einem-Steuersatz-von-1-2-Prozent-4654830.html> (22.04.2020)

von der westlichen Welt zu sogenannten Schwellenländern, dann sehen wir, dass die Urbanisierung noch viel profanere Gründe hat: Hunger, Wassermangel, schlechte Gesundheitsversorgung, keine Chance auf Arbeit, Perspektivenlosigkeit. In hochentwickelten Städten mit enormer Lebensqualität hat sich demgegenüber teilweise ein bürgerliches Verhalten herausgebildet, das Kritiker scharfzünftig als „Wohlstandsverwahrlosung“ bezeichnen. Nach dem Prinzip des Heiligen St. Florian möchten viele das ansprechende Restaurant, das mondäne Café, den anregenden Kulturbetrieb, den gut ausgestatteten Supermarkt und den eigenen Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe haben, dabei aber nicht auf das nahe Grün verzichten müssen und möglichst ungestört von Mitmenschen eine Waldesruh' genießen. Unter dem Deckmantel von Bürgerrechten werden oftmals Egoismen durchzusetzen versucht, die mit Gemeinwohlorientierung nicht vereinbar sind. Es gibt nichts wogegen man/frau nicht sein kann und Unterschriften sammelt: Gegen Spielplätze, gegen Kindergärten, gegen sozialen Wohnbau, gegen Behindertenheime, gegen Begegnungszonen usw. Um die ausufernde querulatorische Kinderfeindlichkeit einzudämmen, hat das Bundesland Berlin mit dem Landes-Immissionsschutzgesetz 2010 klargestellt, dass „störende Geräusche, die von Kindern ausgehen [...] grundsätzlich sozialadäquat und damit zumutbar“ sind.² Die Coronakrise des Jahres 2020 wird auch ein Nachdenken über die Funktion von Städten zur Folge haben müssen. Viele Metropolen Mitteleuropas haben nahezu ausschließlich auf den Wirtschaftsfaktor Tourismus gesetzt; herstellende Betriebe sind rar geworden. Im Sinne einer hohen Lebensqualität wurden Ruhe und Beschaulichkeit von vielen freudig begrüßt. Aber wie produktionsabhängig sich westliche Staaten (und damit auch Städte) insbesondere von asiatischen Destinationen gemacht haben, wurde bereits in These 1 ausführlich erörtert. Bei allem Verständnis für die Sehnsucht nach der Wohlfühlstadt, werden wir nach COVID-19 samt Rekordarbeitslosigkeit und Massenpleiten danach trachten müssen, dass Ruhe und Beschaulichkeit nicht zur Totenstille verkommen. Österreich wäre nicht nur wegen kommender Pandemiegefahren, sondern insbesondere wegen des Klimawandels gut beraten, die scheinbar unendlichen Wachstumsraten des Tourismus kritisch zu hinterfragen. Wir werden einen starken Rechtsstaat mit ausgeprägten Bürgerrech-

ten brauchen, der aber auch bereit ist, Missbrauch und Auswüchse zu erkennen, die viel mit Bösartigkeit, Missgunst und Blockwartdenken, aber wenig mit dem Idealbild des Citoyen und der aufgeklärten Bürgerschaft zu tun haben. Reformen müssen wieder das werden, was ihre ursprüngliche Wortbedeutung verspricht, nämlich „planmäßige Neuordnung, Verbesserung des Bestehenden“ und nicht mutwillige Zerschlagung von funktionierenden Systemen, im Sinne von Partikularinteressen und Klientelndenken. Eine derartige Reformation würde bedeuten, Anreize für nachhaltige Betriebsansiedlungen in der Heimat(stadt) zu schaffen, der Spirale des Lohn- und Sozialstandarddumpings entgegen zu treten und eine zielgerichtete Entbürokratisierung mit Augenmaß voranzutreiben. Wer meint, dies sei (zu-)viel verlangt, dem sei entgegen, dass schon Aristoteles „Glückseligkeit“ („gut leben und sich gut haben“) als Ziel der „Staatskunst“ ausgegeben hat. Der „Ballermann der Alpen“ hat uns hoffentlich deutlich vor Augen geführt, dass „Après-Ski is everywhere“ kein zukunftsfähiges Konzept ist. Schon gar nicht für den Städtetourismus, wenn nicht klar ist, welche Grenzen wann geöffnet werden, welche Airlines diese Krise wirtschaftlich überleben und wieviele der zahlungskräftigen Gäste aus China, Russland oder dem arabischen Raum danach noch Lust auf österreichische Klischees verspüren. „Die Masse macht's“ – vielleicht bald nur mehr ein Konzept aus der Vergangenheit.

These 6: Einsicht über die Bedeutung von Städten bleibt gering

Die Hoffnung, dass diese Pandemie dem Volk und dessen Repräsentanten die Bedeutung des Lebensraums Stadt vor Augen führt, war rasch verfliegen. Viele systemrelevante Bereiche wurden in den Fokus der Wahrnehmung gerückt, endlich die prekären Lebensumfelder vieler 24-Stunden-Pflegekräfte, Gastro-Saisonniers, Handelsangestellten und Landarbeiter öffentlich beachtet und thematisiert. Kommunale Dienstleister (Von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zustellung „Essen auf Rädern“) fehlten in diesen Aufzählungen bedauerlicherweise fast zur Gänze. Auch bei den von der Bundesregierung angekündigten Hilfspaketen wurden die Städte und Gemeinden nicht mitbedacht. Erst der dramatische Appell des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, dass einerseits „städtische Leistungen in der Krise Sicherheit bieten“, die Kommunen aber andererseits selbst massiv finanziell un-

ter Druck geraten, da die Kommunalsteuer, als wichtigste Einnahmequelle in Folge von Massenarbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit eingebrochen ist und auch zusätzliche Erlöse aus Veranstaltungen oder Märkten völlig ausbleiben, hat ein wenig mediale Wahrnehmung gebracht. Unterdessen ist bereits in Fachkreisen von der Notwendigkeit eines „Kommunalen Rettungsschirms“ die Rede. Auch die emotionale Kluft „Stadt – Land“ ist in dieser krisenhaften Zeit wieder besonders sichtbar geworden. Die Empfehlung des Nationalratspräsidenten, „Die Leute müssen hinaus in ihre Gärten“, bildet bei vielen Städtern, die zu zweit in 50 m² – oder zu viert in 70 m² – Wohnungen eingemietet sind, nicht ihre Lebensrealitäten ab. Die Sehnsucht vieler in Städten auf beengtem Raum lebenden Menschen – von alleinstehenden Pensionisten bis Mehrkinderfamilien –, nach Frischluft, Bewegungsfreiheit und Naturerlebnis, sei es im nahegelegenen Park, im entfernten Wald oder an der Uferpromenade, scheint vielen ruralen Einfamilienhäuslern mit Garten seltsam fremd zu sein. Das Aussperren und halb-öffentliche Bashing von Bürgern der Bundeshauptstadt, die ansonsten als geldbringende Zweitwohnsitzer des Ausseerlandes oder Tagestouristen am Neusiedler See nur allzu gern willkommen sind, ist nur die sichtbare Spitze eines ständig schwelenden urban-ruralen Konflikts, der von mancher Seite mit Genuss befeuert wird, wie die Posse um die Öffnung der Bundesgärten gezeigt hat. „Stadt-Land“ mag ein beliebtes Kinderspiel oder ein angenehmer Zeitvertreib sein, es eignet sich aber nicht als profunde regionalpolitische Typisierung, die Lösungen ermöglicht. Regionen benötigen, wenn sie lebens- und zukunftsfähig sein wollen, ein starkes Herz (Zentrale Orte) und eine funktionierende Lunge (Stadt-Umland). Ein Gegeneinander-Ausspielen von „Stadt“ und „Land“ nützt niemandem, wo immer er/sie auch wohnen mag. Daran hat auch COVID-19 nichts geändert.



© Urban Forum

Bernhard Müller, BA, MPA
Generalsekretär Urban Forum

² <https://www.berliner-mieterverein.de/recht/infoblaetter/info-95-kinder-im-mietshaus-was-sie-duerfen-und-was-nicht.htm> (24.04.2020)



Wir sind da, auch wenn das Klatschen verstummt!

„Zu teuer!“, „Nicht effizient!“, „Im Grunde unnötig!“ haben sie uns zugeschrien, wenn wir früher auf die vielen Sorgen der Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitssystem hingewiesen haben. Auch der Rechnungshof hat die seiner damaligen Meinung nach „viel zu hohe Zahl von Intensivbetten“ scharf kritisiert.

„Und plötzlich habe ich selbst die schärfsten KritikerInnen klatschen gehört“

Ganze Heerscharen von PR-Profis und neoliberalen Think Tanks sind über Wien hergefallen und haben praktisch jede Ausgabe für ein soziales Miteinander auseinandergenommen. Das war im Sinne ihrer millionenschweren Auftraggeber handwerklich gut gemacht, aber am Ende doch leicht durchschaubar.

Dann kam Corona. Und plötzlich habe ich selbst die schärfsten KritikerInnen klatschen gehört. Die gut bezahlten PR-Profis waren plötzlich sehr froh vor allem in Wien zu wohnen – und Zugang zu einem der besten Gesundheitssysteme der Welt zu haben.

Aber das war auch schon wieder gestern. Die PR-Profis riechen schon wieder das Geld. Sie haben allerdings bemerkt, dass ihnen die Menschen das Geschwafel von „Mehr privat, weniger Staat“ und den „positiven Kräften des freien Marktes“ nicht mehr abkaufen.

Jetzt versuchen sie es wieder über die Sparbarkeit. Sie wollen den Menschen einreden, dass sich der Staat nicht so viel leisten kann. „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, lassen uns ihre Auftraggeber nun wissen. Dabei haben sie nur eines im Sinn: Staatliche Fürsorge und Infrastruktur zerstören, um sie dann billig zu übernehmen.

Das wollen sie bei der Gesundheitsversorgung genauso wie beim Wasser, der Stromversorgung, den öffentlichen Verkehrsmitteln – und noch in vielen anderen für sie lukrativen Bereichen.

Keine Sparpolitik auf Kosten des Sozialstaats

Was uns jetzt tatsächlich hilft, ist das Gegenteil vom staatlichen Sparen. Es braucht kräftige Investitionen in Städte und Gemeinden. So kommt das Geld direkt bei den Menschen an. Einerseits durch ein besseres Leben für alle und andererseits durch Einkommen, das die Beschäftigten dann in der Region auch wieder ausgeben. Das neoliberale Wirtschaftsmodell kostet übrigens genauso viel wie ein funktionierender Sozialstaat – allerdings hat nur ein kleiner Teil der Gesellschaft etwas davon. Das darf nicht die Lösung für diese Krise sein.

Dabei spielt das öffentliche Gesundheitssystem eine ganz entscheidende Rolle. Denn wie nun auch alle anderen bemerkt haben, ist es unser stärkstes Schutzschild gegen Krisen – und hält bisher auch den schwersten Stürmen stand. Wir müssen es weiter ausbauen und den Beschäftigten alle Mittel in die Hand geben, die sie brauchen. Dazu zählt nicht nur eine bessere Bezahlung, sondern auch Material für den persönlichen Schutz, bessere Arbeitsbedingungen und auch Respekt und Anerkennung.

Dafür werden wir GewerkschafterInnen kämpfen. Auch wenn einige ihr Klatschen schon wieder vergessen haben.



© zVg

Thomas Kattinig

Mitglied Bundespräsidium, Bereichsleitung Internationales, EU und Daseinsvorsorge
Yunion Die Daseinsgewerkschaft



© Adobe Stock

Chinas Grand Strategy im Wandel

Peter Buchas, Walter Feichtinger, Doris Vogl (Hrsg.)

Die Autoren – ausgewiesene China-Kenner – gehen auf 230 Seiten der Frage nach, ob das Handeln der Volksrepublik auf Basis einer nationalen Grand Strategy erfolgt. Zur Untersuchung des Forschungsgegenstandes haben sie sich dabei hauptsächlich auf chinesische Quellen gestützt, wie im angeschlossenen Apparat gut ersichtlich ist. Im Einleitungskapitel erläutern zwei der Herausgeber (Buchas und Feichtinger) warum es „Grand Strategies“ gibt und welche Rolle sie spielen (können). In weiterer Folge untersucht der Autor Jean

Christopher Mittelstaedt strategische und geografische Wirkfaktoren. Peter Buchas analysiert „Chinas Strategien im Zeitverlauf“ und den „Entstehungsprozess der Chinesischen Grand Strategy“. Daran anschließend werden die Strategiefelder der Ären Jiang Zemin, Hu Jintao und Xi Jinping aus den Blickwinkeln unterschiedlicher Politikfelder (Wirtschaft, Außenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft und Innenpolitik) betrachtet und bewertet. Nicht zuletzt, da die Ära Xi keineswegs abgeschlossen ist, versuchen die Herausgeber

Buchas und Feichtinger am Ende der Publikation eine Gesamtschau und wagen einen Ausblick. Das Buch ist trotz der Komplexität des Themas verständlich geschrieben und gut lesbar. Es stellt eine Pionierarbeit dar, da es zum Thema „Chinas Grand Strategy“ bisher kaum nennenswerte deutschsprachige Literatur gegeben hat. Wer sich für das „Reich der Mitte“ auch abseits von Reiseführern interessiert und verstehen will, welche Rolle dieser Global Player spielt und noch spielen wird, kommt an dieser Lektüre nicht vorbei.



© Adobe Stock

Peter Buchas, Walter Feichtinger, Doris Vogl (Hrsg.)
Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 11/2019
ISBN: 978-3903121720 | Preis: € 35,00
www.csa-austria.eu/books



Städte: Wehrpflicht weniger beliebt, aber besonders wichtig

Die Coronakrise hatte eine Reihe ordnungspolitischer Maßnahmen der Bundesregierung (wie „Ausgangsbeschränkungen“, geschlossene Grenzen) zur Folge. Dadurch stieg der Bedarf an polizeilichen Kräften binnen kürzester Zeit erheblich an. Mehrdienstleistungen und Einsatz von Auszubildenden der Sicherheitsakademie reichten nicht aus. Im urbanen Umfeld waren dabei die Anforderungen der Kontrolltätigkeit allein schon aufgrund dichter Besiedlung und der Infrastruktur höher als im ländlichen Raum.

Die mögliche Lösung war rasch gefunden: Zu den Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres zählt gemäß § 2 Abs 1 lit b Wehrgesetz „auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen (...) und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt.“ Deshalb kam es zeitnah zu einer Assistenzanforderung. So hat die Militärpolizei gleich die Bewachung von kritischer Infrastruktur und Botschaften in Wien übernommen und dadurch (zivile) Polizeikräfte freigespielt. Berufssoldaten und (verlängerte) Präsenzdiener wurden im Grenzmanagement eingesetzt. Zugleich folg-

te die Mobilmachung von etwa zehn Prozent der Miliz.

Geht man – was derzeit noch nicht wissenschaftlich belegbar ist – davon aus, dass der hohe Aufwand zur Eindämmung von COVID-19 nötig war, so führte am Einsatz der Grundwehrdiener und der Miliz zur Entlastung der Polizei kein Weg vorbei. Interessant ist dabei aber, dass in der Volksbefragung über die Wehrpflicht im Jahr 2013 gerade die urbanen Räume deutlicher gegen den Präsenzdienst gestimmt haben als der Durchschnitt (bundesweit 40,3 %; 53,9 % in Wien; 46,0 % in Linz; 42,3 % in Graz). Heute scheint das widersprüchlich.

Denn die Aufstockung von Berufssoldaten, um in Krisenzeiten das nötige Personal aufbieten zu können, würde das System jedenfalls teurer machen. Wenn nun schon über neue Steuern zur „Finanzierung“ der Pandemiefolgen spekuliert wird, dürfte eine signifikante Budgeterhöhung aber illusorisch sein. Es droht ein häufiger, aber gefährlicher Trugschluss: Wenn alles funktioniert – dann muss das Budget ja ausreichen? Und wenn es nicht funktioniert? Dann wäre das Bundesheer ohnehin sinnlos? Eine Krise könnte und sollte

aber auch eine Chance bieten: Den Wert des Bundesheeres im Allgemeinen und der Wehrpflicht mit Milizsystem im Speziellen auch in den Städten stärker zu würdigen, um im Fall des Falles einsatzbereit zu sein. So wie eine Sturmversicherung, die man auch nicht gleich nach einem Orkan kündigen wird, „nur“ weil sie ihren Dienst getan hat.

Detlef Wimmer, u. a. Militärexperte für „Öffentliche Verwaltung und Sicherheit“ im Bundesheer, Unternehmensberater (Schwerpunkt öffentlicher Sektor) und mehrere Aufsichtsratsfunktionen; von 2009 bis 2019 Stadtrat und Vizebürgermeister von Linz.



© zVg

**Vzbgm. a. D. MMag.
Detlef Wimmer, MPA, MSc**
Geschäftsführer publikonsult GmbH



© Bundesheer



© Bundesheer

Tourismus mit und nach Corona

Die Freizeit- und Tourismuswirtschaft ist von der Krise bzw. genau genommen von den getroffenen Maßnahmen besonders hart betroffen. Details dazu muss ich an dieser Stelle nicht anführen, wir alle kennen die negativen Auswirkungen für Unternehmer*innen, Mitarbeiter*innen und nicht zuletzt für die Gäste. Für viele Betriebe ist noch gar nicht klar, ob sie die Krise überhaupt überstehen werden. Es steht zu befürchten, dass sich die finanziellen Auswirkungen für manche erst in ein, zwei Jahren einstellen. Mit Augen zu und durch allein wird es nicht funktionieren. Schon sprechen viele Meinungsbildner von „Restart“ und bieten gleich Beratungsmodelle mit an.

Natürlich bietet sich jetzt die Chance für eine Überprüfung der bisher eingeschlagenen Wege. Manche Experten freuen sich bereits über die kommende „Marktberreinigung“, die Landestourismusorganisationen und Destinationsmanager werden neue, innovative Masterpläne bereit haben und alles wird besser. So einfach wird es aber nicht gehen. Vor allem müssen die sich aktuell ergebenden Aufgaben in einer vernünftigen Reihenfolge und konsequent abgearbeitet werden.

Zunächst gilt es endlich für den Neustart einen endgültigen Termin zu fixieren. Nach

heutigem Informationsstand ist das der 29. Mai. Mutig und richtig. Wenn, dann eben jetzt. Der Urlaub wird, wenn überhaupt aber *mit* Corona stattfinden, keineswegs *nach*.

In weiterer Folge müssen daher die Spielregeln für die heurige Sommersaison vereinbart werden. Leitlinie dafür kann nur sein: Eigenverantwortung vor Regulierungen. Wenn man den Gästen kein vernünftiges, aber selbstbestimmtes Verhalten zutraut, braucht man das Aufsperrn gar nicht zu ermöglichen. Zu bedenken ist nämlich, dass die Urlaubszeit nach ganz anderen Kriterien, was Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen betrifft, abläuft als der Alltag. Was im Alltag als Einschränkung akzeptiert wird, geht für den Urlaub oft gar nicht. Wenn man nicht genau weiß, was da auf einen zukommt, dann bleibt man lieber zu Hause. Auf „Balkonien“, das ja von vielen Experten unbemerkt ohnedies die beliebteste Urlaubsdestination der Österreicher*innen ist: Vor dem Inlandsurlaub, Italien und Kroatien. Wer überhaupt noch Zeit (viele Urlaubstage mussten ja in der Übergangszeit konsumiert werden) und Geld (1,3 Mio. auf Kurzarbeit und 600.000 Arbeitslose) hat, um im Urlaub verreisen zu können wird sich erst herausstellen. Mehr als die Hälfte der Menschen wird in diesem Sommer keine Reise unternehmen.

Unabhängig von diesen sehr unsicheren und unvorhersehbaren Aussichten für diesen Sommer brauchen wir eine „Tourismus Taskforce“. Sie sollte vom Tourismusministerium einberufen, die Bundesländer, Destinationen und Interessenvertretungen an einen Tisch holen. Eine grundsätzliche Neupositionierung für den volkswirtschaftlich dramatisch unterschätzten Wirtschaftssektor wird dringend notwendig sein. Das gilt sowohl für die zu straffenden Strukturen wie auch für die Kernaufgabe der Touristiker, die Angebotsentwicklung. Die Auswirkungen der Krise werden nach dem Sommer schlimmer sein, als die meisten annehmen. Der Tourismus nach Corona muss anders, jedenfalls zukunftstauglich gestaltet werden. Mit der Arbeit ist unmittelbar zu beginnen. Wann, wenn nicht jetzt?



© www.freizeitforschung.at

Prof. Mag. Peter Zellmann
Leiter Institut für Freizeit- und
Tourismusforschung



© Adobe Stock



Coronakrise: Herausforderung oder über Grenzen gehen!

Als diplomierte Sozialpädagogin arbeite ich mit Kindern und Jugendlichen im betreuungs- sowie milieuthérapeutischen Setting. Viele meiner PatientInnen leiden u. a. an Angststörungen, Depressionen oder haben Persönlichkeitsstörungen. Solche zusätzlichen Krisen lösen enorme Unsicherheiten aus und verstärken die Störungen von den Kindern und Jugendlichen.

„Die Hoffnungslosigkeit ist schon die vorweggenommene Niederlage“

Karl Jaspers (1883-1996).

Im Buch Milieuthérapie, das ich mit Kollegen im Laufe meiner langjährigen sozialpädagogischen Tätigkeit geschrieben habe, lautet das Kapitel einleitend „Hoffnungslos“. Im Fokus steht der Mehrwert der persönlichen Beziehungsarbeit, der Nutzen für die Kinder und Jugendlichen in schwierigen Krisen. (Milieuthérapie Verlag Krammer)

Coronakrise: Kontaktverbot, Abstandhalten, Maßnahmen ... – Wie kann eine Betreuung gewährleistet werden?

Für uns freiheitsliebende Europäer kaum vorstellbar und vor allem nicht in meinem Berufsbereich, wo es um aktive Beziehungsgestaltung und Begleitung geht. Was nun? Wie kann das notwendige Betreuungsangebot für unsere Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen in dieser unsicheren

Zeit fortgesetzt werden? Wie kann ich die Kinder und Jugendlichen in ihrer Not versorgen und in Beziehung halten und andererseits die Auseinandersetzung mit meinen persönlichen Ängsten, Unsicherheiten und Veränderungen in Einklang bringen. Ich arbeite als Sozialpädagogin in einem renommierten Gesundheitsunternehmen. Aus Koordinations- und Sicherheitsgründen wurde meine Abteilung geschlossen und mein Dienstort verändert. Ich hatte veränderte Arbeitszeiten, einen enorm längeren Dienstweg, neue Patienten und andere Kollegen. Plötzlich wurde ich aus meinem täglichen Arbeitsrhythmus gerissen und musste mich wieder neu orientieren. Zwischen den neuen Herausforderungen drängt sich immer wieder der Gedanke an meine alten PatientInnen auf, mit denen ich einen intensiven Arbeitsprozess begonnen hatte. Wie es ihnen und ihren Familien jetzt wohl geht? Herausforderungen, Veränderungen und Sorgen auf allen Ebenen. Dadurch entsteht im multiprofessionellen Team die Idee eines Home Treatments über Online Kontakt. In kürzester Zeit wurde von einem Behandlungsteam ein Programm auf die Beine gestellt, das akut psychiatrische Patienten in gewohnter Umgebung versorgt. Home Treatment soll die notwendige Unterstützung sofort anbieten und mögliche Akutsituationen reduzieren. Durch diese Form der Kommunikation hatte ich wieder Hoffnung und neue Perspektiven für die Jugendlichen.

Kann Beziehung über eine Kamera transportiert werden?

Wir befinden uns erst in der Phase des Probierens, Übens und Umsetzens und im Laufe der Zeit wird es eine Evaluierung und ein gutes Konzept brauchen. Home Treatment über Medien kann die persönliche Betreuung nicht ersetzen, sie ist aber eine gute Ergänzung. Durch die Coronakrise konnte ein nützliches, entwicklungsförderndes Tool entstehen. Es kann die Struktur und bereits vorhandene Beziehung aufrecht erhalten bleiben und Verluste, Abbrüche und Ängste verhindert werden. Einerseits ist die Nutzung der virtuellen Medien eine faszinierende Möglichkeit, andererseits ist die Beziehungsarbeit etwas Zwischenmenschliches. Gefühle, Emotionen, Konflikte, Mimik und Gesten stehen im Vordergrund.

Feedback der Jugendlichen zu Home Treatment

Eine Jugendliche gibt an, dass sie eher der Typ für persönlichen Kontakt ist und ihr die tägliche Struktur abgeht, aber die Zoom Meetings für sich sehr gut nutzen konnte und sehr dankbar für diese Möglichkeit ist. Ein anderer Jugendlicher meint, es wäre sehr bequem, er muss nirgendwo hinfahren, spart Zeit und Geld. Ein Statement lautete: Diese Form ist sehr sympathisch, weil man nicht so den direkten Kontakt hat und sich hinter der Kamera verstecken kann. Manche konnten mit dieser Form von Kommunikation nichts anfangen.

Persönliche Einschätzung von COVID-19

Obwohl ich im Gesundheitsbereich arbeite, konnte ich die Auswirkungen dieser Krise nicht einschätzen und habe mich strikt an die Maßnahmen der Regierung gehalten. Jede Form von Krisen, gesellschaftlich oder persönlich, kann eine Chance für Weiterentwicklung, Fortschritt und Urbanität sein.



© zVg

Sandra Gottwald

Dipl. Sozialpädagogin, Drogen und Suchtberaterin, Mitarbeiterin in der Karl Landsteiner Gesellschaft, Institut für Psychosoziale Medizin, Psychotherapie & Kindheitsforschung



Auf wie viele Wesenszüge einer Demokratie können wir oder dürfen wir während einer Krise verzichten?

Demokratische Grundrechte müssen auch in Krisenzeiten uneingeschränkt gelten: Pressefreiheit, Parlamentarismus, Verfassungskonformität und der Schutz der Menschenrechte dürfen nicht als Hindernisse gesehen werden, sondern gelten in schwierigen Zeiten der Stärkung der Demokratie. Das ist der Tenor des ersten „Expert*innen Rundrufs“ von Demokratie21 mit Expertisen aus Wissenschaft, Journalismus, Politik, der organisierten Zivilgesellschaft und der Verwaltung.

Ausgangspunkt für den Expert*innen Rundruf war die Frage „Auf wie viele Wesenszüge einer Demokratie können oder dürfen wir während einer Krise verzichten?“. Aus den Antworten sprechen einerseits Verständnis für Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen und eine Bereitschaft, zumindest vorübergehend auf Rechte verzichten zu können. Jedoch müssen diese „Zumutungen an die Demokratie“ (O-Ton Angela Merkel) ausdrücklich befristet und unter höchster Transparenz entschieden werden.

So beobachtet etwa die Demokratiewissenschaftlerin Tamara Ehs „mit einiger Sorge die weitgehend kritiklose Hinnahme der Außerkräftsetzung unserer politischen Grundrechte.“

Für Peter Bußjäger, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck, ist „ganz klar, dass Entscheidungen in einer Krisensituation rasch getroffen werden müssen. Aber das entbindet nicht von den Verpflichtungen, diese Demokratie abzusichern und jede Entscheidung muss demokratisch legitimiert sein.“

Die Wesenszüge einer Demokratie bleiben laut Politikberaterin Heidi Glück „vor allem dann aufrecht, wenn die Vorgaben der Politik auf einem möglichst breiten Konsens aller relevanten politischen Entscheidungsträger, und nicht nur in der Regierung beruhen.“

Moritz Moser, Journalist bei Addendum, „glaubt nicht, dass es so wichtig ist, auf wie viel man verzichtet, sondern für wie lange. Das Ganze hat einen Horizont. Wir kennen ihn noch nicht unbedingt realpolitisch.“

Ein Aspekt, der wenig Aufmerksamkeit bekam in der Öffentlichkeit, ist der Zugang zum Gesundheitssystem: „Jeder in Österreich lebende Mensch hat laut der Menschenrechtskonvention ein Recht auf das höchste erreichbare Maß körperlicher und seelischer Gesundheit“, ergänzt Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin am Institut für Sozial-

politik der WU Wien. Besonders Migrant*innen seien hier mit Barrieren konfrontiert.

Laut Marion Breitschopf, der Leiterin der Transparenzplattform *Meine Abgeordneten* sei „Demokratie kein Kleidungsstück, das wir nach Belieben an- oder ausziehen können. Besonders in Krisenzeiten müssen Handlungen und Maßnahmen, die in die Grundrechte der Bevölkerung eingreifen, transparent dargestellt und gut argumentiert werden.“

Alle Antworten gibt es zum Lesen und zum Anhören auf der Website von Demokratie21: <https://demokratie21.at/expertinnen-rundruf-1>



© www.demokratie21.at

Nina Schneider

Geschäftsführerin Demokratie 21



© Bigstockphoto

Demokratie21

Demokratie21 organisiert Gespräche über die Zukunft unserer Demokratie. Als unabhängige gemeinnützige Initiative. Parteiübergreifend und kooperativ. Um die verschiedensten Ansichten, Disziplinen und Sektoren an einen Tisch zu bringen.

Demokratie21 ist als Veranstalter, Podcast-Produzent und Labor für öffentliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv.

Weitere Informationen finden Sie auf www.demokratie21.at



24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien – keine Minute Stillstand

Der 24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien ist Anlaufstelle für alle Frauen und Mädchen ab 14 Jahren, die von sexualisierter, körperlicher und/oder psychischer Gewalt betroffen sind oder Gewalt in der Vergangenheit erfahren haben – egal wie lange die Gewalterfahrung zurückliegt. Auch mitbetroffene Angehörige sowie das unterstützende soziale Umfeld (Freundinnen, Freunde, Bekannte, Nachbarinnen und Nachbarn) werden beraten und unterstützt. Personen, die im beruflichen Kontext mit der Thematik konfrontiert sind und fachliches Coaching von den Expertinnen brauchen, können sich ebenfalls rund um die Uhr an den Frauennotruf wenden.

Auch in dieser Zeit der großen Herausforderungen gilt: Gewalt ist kein Schicksal, dem man sich fügen muss! Die Beraterinnen des 24-Stunden Frauennotrufs helfen den Opfern von Gewalt und sind rund um die Uhr unter der Telefonnummer 01/71719 erreichbar!

Im Vergleich zu den Wochen vor dem Lockdown verzeichnete der 24-Stunden Frauennotruf einen leichten, wenngleich nicht signifikanten Anstieg an Beratungen.

Die Herausforderungen, die das Team des 24-Stunden Frauennotrufs erfolgreich gemeistert haben, waren zweifellos erheblich. Einerseits musste die Arbeitsorganisation sicherheitsbedingt geändert werden, ohne nur eine Minute die Erreichbarkeit zu gefährden, andererseits fehlten qualitativ Erfahrungen mit vergleichbaren Herausforderungen. So

war es beispielsweise für die Beraterinnen notwendig, mit einem neuen Zugang an Fragestellungen heranzugehen. Denn: Das was bisher geraten werden konnte, war oft nicht möglich, v. a. aufgrund der eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten und Einschränkungen bei sonstigen Unterstützungs- und Anlaufstellen (z. B. betagte Eltern, Krankenhaus, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte). Die Beraterinnen waren gefordert, neue Lösungen zur Sicherheit der Klientinnen und mitbetroffener Kinder zu erarbeiten.

Die Belastung gewaltbetroffener Personen wurde durch die Pandemie weiter verschärft. Die Klientinnen sind durch Ängste um die eigene Gesundheit sowie die Sorge um die Liebsten und zusätzlich durch massive Zukunftsängste betreffend Arbeitsplatz und Geld psychisch stark belastet, ihr Handlungsspielraum ist durch die aktuelle Situation weiter eingeschränkt, vorhandene Abhängigkeiten zum gewalttätigen Partner verschärfen sich. Die Notwendigkeit für professionelle Beratung und Erarbeitung von individuellen Sicherheitsplänen ist damit wichtiger denn je. Räumliche Nähe über eine längere Dauer birgt oft das Risiko von Konflikten.

Bei den aktuellen Themen in der Beratung ist ein leichter Anstieg beim Thema Gewalt im Beziehungs- bzw. häuslichen Kontext zu verzeichnen (im Gegensatz zu Gewalt im öffentlichen Raum bzw. außerhalb der Wohnung). Im Vordergrund stehen dabei körperliche Gewalt und psychische Gewalt.

Anrufe erreichten den Frauennotruf seit dem Lockdown öfter als sonst von Nachbarinnen und Nachbarn, die nicht wissen, wie sie am besten reagieren sollen, weil sie von einer Wohnung auffallend viel Streit/Lärm hören. Menschen waren und sind nach wie vor deutlich mehr zu Hause als sonst. NachbarInnen stellen Fragen zum richtigen und gleichzeitig sicheren Handeln, wenn man Gewalt an Mitmenschen befürchtet, beobachtet oder hört. Zugenommen haben während der aufrechten Ausgangsbeschränkungen die E-Mail-Beratungen, da Betroffene oft nicht ungestört telefonieren können – etwa wenn der Gefährder in unmittelbarer Nähe ist.

Die Bedeutung des 24-Stunden Frauennotrufs als Rund-um-die-Uhr-Kriseneinrichtung ist für besonders belastete Bevölkerungsgruppen in einer Krise wie dieser erheblich. Mit der durchgehenden Erreichbarkeit unter 01/71719 hilft der 24-Stunden Frauennotruf den Betroffenen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, indem sie darauf zählen können, dass sie bei den nächsten Schritten unterstützt werden.



© David Bohmann / PID

Mag.ª Martina K. Steiner

Stv. Leiterin 24-Stunden Frauennotruf, MA 57



© Bigstockphoto



© Bigstockphoto

Städtische Leistungen bieten Sicherheit in Krise Städtebund warnt vor finanziellen Auswirkungen der Coronamaßnahmen,

„Städte und Gemeinden leisten einen enormen Beitrag in der momentanen Krisensituation. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, aber auch soziale Dienste, Pflege und Verkehr – all diese Leistungen tragen wesentlich dazu bei, dass Österreichs Städte für die Bürgerinnen und Bürger in dieser schwierigen Zeit funktionieren“, sagte Bürgermeister Michael Ludwig, Präsident des Österreichischen Städtebundes, Anfang Mai im Rahmen einer Pressekonferenz.

Dass die kommunale Infrastruktur das besondere Vertrauen der Bevölkerung genießt, be-

weisen die Ergebnisse des SORA-Städtebarometers, das alljährlich durch den Städtebund beauftragt wird. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass über 90 Prozent die Leistungen wie Wasserversorgung oder Müllentsorgung schätzen, 80 Prozent der BürgerInnen ist wichtig, dass diese Leistungen in städtischer Hand bleiben.

„Die kommunale Grundversorgung ist mehr als eine Serviceleistung: Sie bildet das Rückgrat für einen Alltag, der plötzlich alle sozialen Kontakte unterbindet und damit für viele Menschen mit einem großen Unsicher-

heitsgefühl einhergeht. Eine funktionierende Grundversorgung ist daher auch vertrauensbildend für alle Bürgerinnen und Bürger“, so Ludwig.

Ludwig dankte den mehr als 70.000 Gemeindebediensteten in ganz Österreich, die Tag für Tag unter derzeit schwierigen Bedingungen ihren Dienst versehen. „Sie alle tragen nicht nur zum Funktionieren unseres Alltags bei, sondern auch zum sozialen Zusammenhalt in unserem Land“, sagte Ludwig.

Auswirkungen auf die Einnahmen der Städte dramatisch

Doch die Coronakrise könnte für Städte und Gemeinden auch weitreichende finanzielle Auswirkungen haben. Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung geht davon aus, dass – analog zur Wirtschaftskrise von 2008 die Ertragsanteile (Steueranteile, die im Rahmen des Finanzausgleichs an die Gemeinden weitergegeben werden) stark schrumpfen. Zwischen 900 Mio. und 2 Mrd. Euro an kommunalen Einnahmen (entspricht zwischen 5 und 11 Prozent minus gegenüber 2019) könnten heuer laut Berechnungen des KDZ verloren gehen, präsentierte Geschäftsführer Peter

Biwald im Rahmen der Pressekonferenz. Der Städtebund fordert daher ein kommunales Investitionspaket seitens der Bundesregierung.

Der per Video zugeschaltete Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart fordert zusätzlich einen Einnahmenersatz für Gebühren, Fremdenverkehrsabgaben oder fehlende Leistungserlöse. Bregenz als Tourismusstadt mit den berühmten Festspielen trafe es durch den fehlenden Kulturbetrieb besonders hart.

„Es ist selbstverständlich, dass wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Krisen-

bewältigungsmaßnahmen des Bundes mittragen, und alles dafür tun, die Bevölkerung zu unterstützen. Doch langfristig sollte daran gedacht werden, im Sinne eines europäischen Rettungsschirmes auch die kommunale Ebene abzusichern, die durch ihre Infrastruktur die wichtigste Basis für die lokale und regionale Wirtschaft ist“, erklärte Ludwig abschließend.

*Mediengespräch Städtebund zu Gemeindefinanzen
5. Mai 2020*



© C.Jobst/PID

Deutschland: Städtetag befürchtet beispiellose Einbußen durch Coronakrise

Der Deutsche Städtetag erwartet infolge der Coronakrise beispiellose finanzielle Einbußen für die Kommunen. Die Belastungen liegen nach einer neuen Prognose bei mindestens 20 Milliarden Euro – allein in diesem Jahr. Mindestens 15 bis 20 Prozent der Gewerbesteuer würden im Bundesdurchschnitt wegbrechen. Mitte Mai werden die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung erwartet. Der Städtetag erneuerte die Forderung, Bund und Länder müssten einen milliardenschweren kommunalen Rettungsschirm aufspannen ...

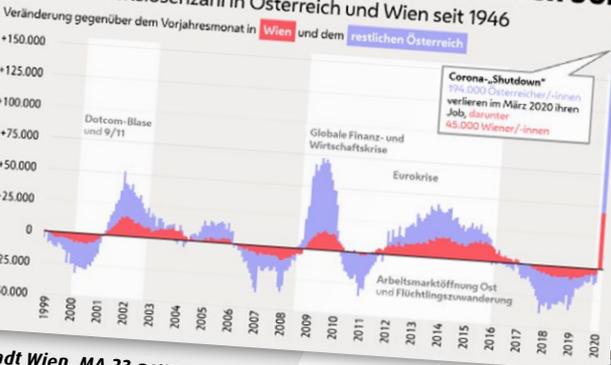
Der Spiegel, 5.5.2020

Gemeinden fordern Rettungsschirm

Österreichs Gemeinden rufen erneut um Hilfe. Die Coronavirus-Krise „wird uns Gemeinden in diesem Jahr bis zu zwei Milliarden Euro kosten, weil Einnahmen wegbrechen und Ausgaben steigen“, sagte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl (ÖVP) heute in einer Aussendung. Gefordert werden daher ein kommunaler Rettungsschirm sowie ein Investitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro ...

News orf.at, 30.4.2020

Corona: 194.000 Österreicher verlieren Job



Stadt Wien, MA 23.news

Masken – Shanghai spendete 21.000 Schutzmasken an Stadt Salzburg

Bürgermeister Schaden und Ehefrau fädelten Lieferung ein

Salzburg/Shanghai (APA) – Die Stadt Shanghai hat ihrer österreichischen Partnerstadt Salzburg 3.000 medizinische und 18.000 reguläre Schutzmasken für Ärzte, Pfleger und Patienten der Landeskliniken gespendet. Auch die Kosten für die Luftfracht nach Wien wurden von der chinesischen Millionenstadt übernommen. Eingefädelt haben die Lieferung übrigens der frühere Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden und seine Frau Jianzhen.

Schaden, der nach einer Verurteilung im Salzburger Finanzskandal derzeit den unbedingten Teil seiner Strafe mit einer Fußfessel verbüßt, ist seit 2013 mit der gebürtigen Chinesin verheiratet. Seine Frau leitet bereits seit 2002 das China-Verbindungsbüro von Stadt und Land Salzburg. „Wir haben von Mitarbeitern der Landeskliniken von Engpässen bei der Schutzausrüstung erfahren und überlegt, wie wir unsere guten Kontakte nützen können“, sagte der Ex-Bürgermeister im APA-Gespräch ...

APA0295 2020-04-06/13:58

Stadt, Land, Corona

Vom Salzkammergut bis Kritzensdorf rufen sie den Städtern ein herzliches „Bleibt's dahoam!“ zu

Wir halten jetzt alle ganz fest zusammen. Sagt die „Kronen Zeitung“. Und: Wir müssen jetzt alle ganz brav sein und fest zusammenhalten, sagt die Regierung gefühlte drei Mal am Tag.

Aber da ist noch diese Stadt-Land-Sache. Die schwelt normalerweise unter der Oberfläche.

In Corona-Zeiten rufen jetzt etliche vom Land denen von der Stadt ein herzliches „Bleibts daham!“ (oder: „dahoam“) zu.

Ministerin „Elli“ Köstinger, vormals Vorsitzende des Jungbauern/-bäuerinnen-Bundes, macht den Wienern nun doch die Bundesgärten auf – nach Ostern. In Mödling erließ der Bürgermeister ein Wiener („Weaner“-)Wanderverbot. Der Bürgermeister von Klosterneuburg hat

den Kleingartenpächtern von Kritzensdorf (vormals „Kriz les Bains“) gleich einmal das Wasser nicht aufgedreht.

Und im schönen Salzkammergut finden sie es eine Frechheit, dass diese Wiener (Grazer, Linzer) Zweitwohnsitzbesitzer auch tatsächlich über Ostern in ihre Behausungen wollen. Virenimport aus der verderbten Großstadt: Das hätten „un-

se-re Wachdienste“ anhand der Autokennzeichen festgestellt, sagen vier Bürgermeister aus dem Ausseerland. Der von Altausee erkannte später immerhin, dass das „in die Hosen“ gegangen sei.

Die Bürgermeisterin von Steinbach am Attersee, Nicole Eder (ÖVP), hingegen denkt schon an die Sommersaison: „Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit euch, aber danach.“

Danke, wir überlegen es uns.

RAU



Michael Ludwig @BgmLudwig

Investitionen in die Städte bedeuten einen starken Impuls für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Städte sind starke regionale Wirtschaftsmotoren.

12:06 nachm. · 5. Mai 2020 · TweetDeck

Via Twitter

Der Altauseersee im schönen Salzkammergut. Foto: Veronika Huber

Der Standard, Hans Rauscher, 6.4.2020

Deutschland: In Städten und Gemeinden geht die Angst um

Ob in Millionenstädten oder winzigen Landgemeinden – überall hat das große Rechnen begonnen. Und Überall wächst die Sorge. „Die Coronakrise wird die Kommunen härter treffen, als die Finanz- und Wirtschaftskrise“, sagt ein Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ein erster seriöser Kassensturz wird am 15. Mai möglich, wenn Unternehmen die nächste Rate ihrer Gewerbesteuer-Vorauszahlung an die jeweilige Kommune überweisen müssen. Und die Zahlungen werden tröpfeln, bestensfalls. Aber auch die Einnahmen brechen weg, während die Ausgaben bleiben. Dementsprechend werden die Forderungen der Kommunen nach staatlicher Hilfe immer lauter – gebe es die nicht, drohe zahlreichen Kommunen die Zahlungsunfähigkeit ...

Süddeutsche Zeitung, 14.4.2020

COVID-19-Epidemie

Zusammenfassung von Shenzhen TV-Nachrichten (I), 1.3.2020¹

Eine gemeinsame Wissenschaftlergruppe aus China und WHO untersuchte in der Zeit von 16. Februar bis 24. Februar 2020 die Epidemie in China. Die Experten besuchten am 18. und 19. Februar die chinesische Stadt Shenzhen.

Folgende 6 Orte wurden besichtigt:

1. Internationaler Flughafen Baoan
2. 3. Volksklinikum
3. Städtische Leitstelle Krankheitsvorsorge
4. Firma Tencent (Big-Data-Bank zur Unterstützung bei Eindämmung der Epidemie)
5. Gesundheitszentrum der Stadtgemeinde Qiaoxiang
6. Hochgeschwindigkeitszug-Bahnhof Futian

Im später veröffentlichten Untersuchungsbericht wurde ein Diagramm über die Anzahl der Infizierten im Zusammenhang mit den Eindämmungsmaßnahmen, die die Stadt Shenzhen durchführt, gezeigt.²

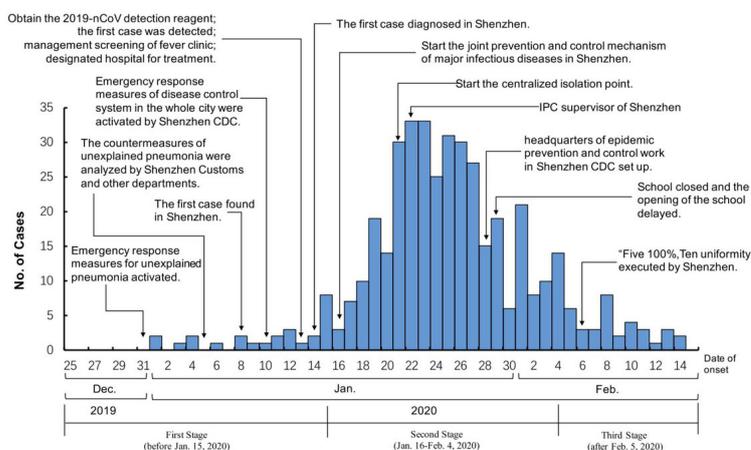


Diagramm 1 COVID-19 epidemic curves and major intervention measures in China as implemented in Shenzhen municipality²

laut des Berichts teilte die Untersuchungsgruppe alle in Shenzhen umgesetzten Eindämmungsmaßnahmen in 3 Zeitphasen:

Phase 1 (31.12.2019-15.01.2020): am 8. Jänner 2020 wurde der erste Infizierte in Shenzhen festgestellt. Es folgten daraus die Notmaßnahmen des Krankheitseindämmung-Systems der gesamten Stadt.

Phase 2 (16.01.2020-05.02.2020): am 16. Jänner wurden die Maßnahmen verschärft. Am 21. Jänner öffnete die zentrale Isolierungsstation. Am 29. Jänner wurde entschieden, alle Schulen zu schließen und den neuen Semesterbeginn zu verschieben.

Phase 3 (06.02.2020-Hfd.): Shenzhen begann mit folgenden zwei Maßnahmen:

1. 100 % Politik

- 1) 100 % gesperrte Verwaltung aller Gemeinde und Wohngebiete
- 2) 100 % 14-Tage-Ausgangssperre für diejenigen, die lang- bzw. kurzfristig in den Quarantänegebieten waren
- 3) 100 % Sperre in der zentralen Isolierungsstation für diejenigen, die intensiv mit Infizierten Kontakt hatten

4) 100 % Körpertemperaturmessung bei Betreten und Verlassen des Wohngebiets

5) 100 % Informationsweiterleitung, Verantwortungsfestlegung und Datenspeicherung an/von/über alle Mieter und Vermieter

2. „Für alle“ Politik³

1) Alle Wohngebiete mussten vor Haupteingängen und -ausgängen des Wohngebiets alle ein- und ausgehenden Personen kontrollieren. Alle Einwohner sollen möglichst vermeiden, das Wohngebiet zu verlassen.

2) Alle Einwohner, die sich momentan noch in der Provinz Hubei aufhielten, mussten von deren Arbeitsgebern und der Gemeindeverwaltung Bescheid bekommen, dass sie nicht nach Shenzhen zurückreisen sollten. In Ausnahmefällen mussten zurückreisende Einwohner zuhause bleiben (Ausgangssperre).

3) Alle Einwohner, die Fieber hatten, mussten sich in der ersten Zeit bei der Gemeindeverwaltung melden, persönliche und Kontakt-Daten abgeben und schnellstmöglich ein Krankenhaus aufsuchen.

4) Alle Personen und deren Fahrzeuge, die sich nicht im Wohngebiet aufhielten, durften nicht in das Wohngebiet fahren. In Ausnahmefällen mussten die

Besuche einzeln dokumentiert und die Zustimmung des besuchten Einwohners eingeholt werden.

5) Alle Einwohner, die von außerhalb der Stadt Shenzhen zurückkamen, mussten ausführliche Angaben zu Übernachtungen, Reise- und Belegungs-Daten machen.

6) In allen Gebäuden, wo Infizierte entdeckt wurden, musste eine 14-tägige Ausgangssperre durchgeführt werden. Außerhalb von solchen Gebäuden mussten die Informationen über die durchgeführte Sperre durch Kennzeichnung kommuniziert werden.

7) Alle Paketsendungen und Zustellungen mussten bei den Haupteingängen und -ausgängen in einer Übergabestation stattfinden und kontaktlos durchgeführt werden.

8) Alle Einwohner des Wohngebiets verzichteten auf Besuche und externe Termine. Alle mussten in öffentlichen Orten Mundschutz tragen.

9) Alle Treppen, Aufzüge und andere geschlossene Bereiche mussten täglich vollständig desinfiziert werden.

10) Schließen aller für das Leben der Einwohner nicht notwendigen öffentlichen Orte, Zwangsabsage aller Großveranstaltungen.

Zusammenfassung von Shenzhen TV-Nachrichten (II), 23.3.2020⁵

Die Gemeinde⁴ ist an der Front im Kampf gegen das Corona Virus, daher bilden die Maßnahmen, die auf Gemeindeebene umgesetzt werden, auch den Schwerpunkt zur Eindämmung der Epidemie. Die Stadt Shenzhen hat aus eigener Erfahrung das sogenannte „ACT-Modell“ eingeführt:

- „A“ (Administration) steht für Regierung und Parteikomitee. Die Regionsleitung muss die Arbeit zur Eindämmung der Pandemie leiten und organisieren.
- „C“ (Community Health Service Center) steht für

Gesundheitszentrum/Klinikum der Gemeinde. Die professionelle Durchführung von Voruntersuchungen, Hausbesuchen, PCR-Untersuchungen usw. schützt umfassend die Gesundheit der Einwohner.

• „T“ (Trinity Mechanism) steht für Betreuungsgruppe aus 3 Personen (1 Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, 1 Krankenschwester des Gesundheitszentrums und 1 Polizist). Solche Gruppen betreuen direkt die Einwohner der Gemeinde. Der Mitarbeiter der Gemeinde weiß über die Situation der Gemein-

de Bescheid. Für medizinische Fragen ist die Krankenschwester zuständig. Der Polizist fungiert als juristischer Berater.

Das Ergebnis des ACT Modells ist positiv: die Gemeinde Qiaoxiang ist 0,64 km² groß und zählt 22000 Einwohner, die in 4 großen Wohngebieten leben. Seit dem Ausbruch der Epidemie konnte die Gemeinde Qiaoxiang drei „Null-Ergebnisse“ präsentieren: 0 Neuinfectierte in der Gemeinde, 0 infectierte Arzt oder Krankenschwestern und 0 Todesfälle.

¹ <http://static.scms.sztv.com.cn/ysz/zx/zw/28452633.shtml>

² <https://www.who.int/docs/default-source/coronavirus/who-china-joint-mission-on-covid-19-final-report.pdf>

³ http://szttqb.sznews.com/PC/content/202002/08/content_817213.html

⁴ Die Hierarchie einer Stadt als Ansiedlungsgebiets: Stadt- Stadtbezirk- Gemeinde- Wohngebiet (ähnlich wie die Verwaltung einer Wohngenossenschaft)

⁵ <http://static.scms.sztv.com.cn/ysz/dsdb/szws/ssxw/28471609.shtml>

ILLEGALES GLÜCKSSPIEL ist kein Kavaliersdelikt

Eine Informationsbroschüre für kommunale AkteurInnen



Der Kampf gegen illegales Glücksspiel wird härter und die Polizei rüstet sich mit Sonderkommissionen gegen die international organisierte Kriminalität. Illegales Glücksspiel ist längst kein Kavaliersdelikt, sondern vielmehr ein kriminelles Millionengeschäft, dem man nicht zuletzt aufgrund der uneinheitlichen Gesetzeslage in Österreich schwer Herr wird.

Diesem brandaktuellen Thema widmet sich die Broschüre und soll ein Informationsleitfaden für lokale VerantwortungsträgerInnen ebenso sein, wie für Opinion Leader und an

diesem Thema Interessierte – denn es betrifft uns alle! Umfangreiche Fakten, Statistiken, Handlungsanleitungen und Tipps von Fachleuten stehen dabei im Fokus.

Die Autorin/Der Autor:
Mag.a (FH) Anita Oberhofer
Bernhard Müller, BA, MPA

Die Broschüre kann gg. Versandkosten unter office@urbanforum.at bestellt werden.

Sehen Sie schon Licht am Horizont?

Navigieren Sie mit EY durch die Coronakrise. Wir sind zu Ihrer Unterstützung da!

ey.com/de_at/covid-19 #wirpackendas



EY
Building a better working world



The better the question. The better the answer. The better the world works.

ZUKUNFT URBANE MOBILITÄT

Eine ganzheitliche Betrachtung

Herausgegeben von: Bernhard Müller
ISBN: 978-3-200-06846-9
EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)

In einer ganzheitlichen Betrachtung werden die Zukunftsperspektiven jener Instrumente untersucht, die die Menschen „für die konkrete Umsetzung der Mobilität“ in den urbanen Räumen (Städten und Stadtregionen) benötigen. Die Palette erstreckt sich dabei vom Fußver-

kehr über Zweiräder jeder Art, den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel hin zu modernen, digitalen Hilfsmitteln. Aber auch Logistik und Luft- sowie Schifffahrt wurden untersucht, weil thematisch unverzichtbar. Ausgehend von einer geschichtlichen Retrospektive und einer Feststellung des Status quo, haben alle Autorinnen und Autoren den Blick in die Zukunft gerichtet und versucht, Prognosen abzugeben.



50 Jahre Kommunalwissenschaften in Österreich

1969–2019

Autor: Bernhard Müller
ISBN: 9-783200-066823
EUR 15,- (zzgl. Versandkosten)

Diese Publikation soll einen zusammenfassenden Rückblick über die Geschichte von kommunalwissenschaftlichen Instituten geben und aufzeigen, wie dank einiger Pioniere in Österreich eine neue (sozial-)wissenschaftliche Dis-

ziplin entstanden ist, die zu Beginn, auch auf universitärer Ebene, viele Gegner hatte. Diesen Aufbauleistungen folgten fünf Jahrzehnte an akribischem Forschen und Lehren, an Weiterentwicklung, Kurskorrekturen und Hinwendungen zu neuen Themen. Lesen Sie, wie sich die Kommunalwissenschaften von den Anfängen 1969 bis zum heutigen Tag verändert und weiterentwickelt haben.

Kommunales Beteiligungsmanagement

Vortragsskript

Autor/Autorin:
Anton Cuber / Claudia Kopp-Helweh
ISBN: 9-783200-064935
EUR 20,- (zzgl. Versandkosten)

Bei „Kommunalem Beteiligungsmanagement“ geht es um das Zusammenspiel von „Privat“ und „Öffentlich“. Beteiligungsmanagement heißt, die Gesamtinteressen der Stadt in die einzelnen Beteiligungen einzubringen und

eine einheitliche Steuerung zu schaffen. Ausgegliederten Unternehmen kann eine maßgeschneiderte Organisationsstruktur bereitgestellt werden. Der Österreichische Städtebund hat erstmals im Jahr 2015 einen Workshop zum Thema des Aufsichtsrats in der kommunalen GmbH veranstaltet. Die vorliegende Fassung des Vortragsskriptums basiert vornehmlich auf dem Inhalt des Workshops des Jahres 2018, wurde aber noch um einige Aspekte aus anderen Vorträgen ergänzt & auch aktualisiert.



Stadt der Zukunft – Stadt für Menschen

Herausgegeben von:
Bernhard Müller und Thomas Weninger
ISBN: 9-783200-057029
Gg. Versandkosten

In diesem Sammelband nehmen erstmals die führenden China-Fachleute Österreichs (und darüber hinaus) zum Jahrhundertprojekt Neue

Seidenstraße Stellung, das nicht nur auf unser gegenwärtiges Leben, sondern noch auf jenes künftiger Generationen maßgeblichen Einfluss haben wird. Europa kann geopolitische Verwerfungen durch Kooperation ersetzen, wenn es China geeint und offen begegnet. Eine neue Ära beginnt.